

# Sudetenpost

Erscheinungsort Linz P. b. b.  
Verlagspostamt 4020 Linz  
Einzelpreis S 15.-

Offizielles Organ der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich (SLÖ)

Folge 2

Wien - Linz, 25. Jänner 1996

42. Jahrgang

**Tschechien-Fahrt  
kann teuer werden**

(Seite 3)

**Tribüne der  
Meinungen**

(Seite 8)

**Alle fordern  
Selbstbestimmung  
- und wir?**

(Seite 9)

## Deutsche Verhandlungen mit Tschechien haben nichts gebracht

Bei den deutsch-tschechischen Gesprächen über eine endgültige Aussöhnung zwischen den beiden Nachbarstaaten ist kein Durchbruch erzielt worden. Der deutsche Außenminister Klaus Kinkel sagte am 12. Jänner nach einem über fünfständigen Treffen mit seinem tschechischen Ressortkollegen Josef Zieleniec in Bonn, wegen der großen Belastungen aus der Vergangenheit sei es noch nicht möglich gewesen, in „Kernfragen einen Durchbruch zu erzielen“.

Kinkel sprach trotzdem von „nicht unerheblichen Fortschritten“ und kündigte gemeinsam mit Zieleniec eine Fortsetzung der Gespräche an. Beide Seiten seien an einer Lösung interessiert. Zieleniec sagte zugleich, für seine Regierung sei die Grundlage der Gespräche

die bestehende Rechtsordnung, die auf keinen Fall in Frage gestellt werden dürfe. Damit bezog er sich natürlich auf die Forderungen der Sudetendeutschen, die Tschechien nicht anerkennt.

Zieleniec sagte, es gebe „keine superpolitischen Probleme“. Allerdings verwies auch er auf die aus der Vergangenheit stammenden Schwierigkeiten. Zu den „nicht unerheblichen Fortschritten“ sagte Kinkel, das auf Ebene der Staatssekretäre erarbeitete „Gerüst“ für eine gemeinsame Erklärung sei von ihm und seinem Kollegen „zu einem hohen Prozentsatz konsentiert worden“. Die deutsche Seite wolle, daß den tschechischen NS-Opfern Wiedergutmachung gewährt werde, sagte Kinkel. Auf der anderen Seite strebe Bonn aber auch an, daß

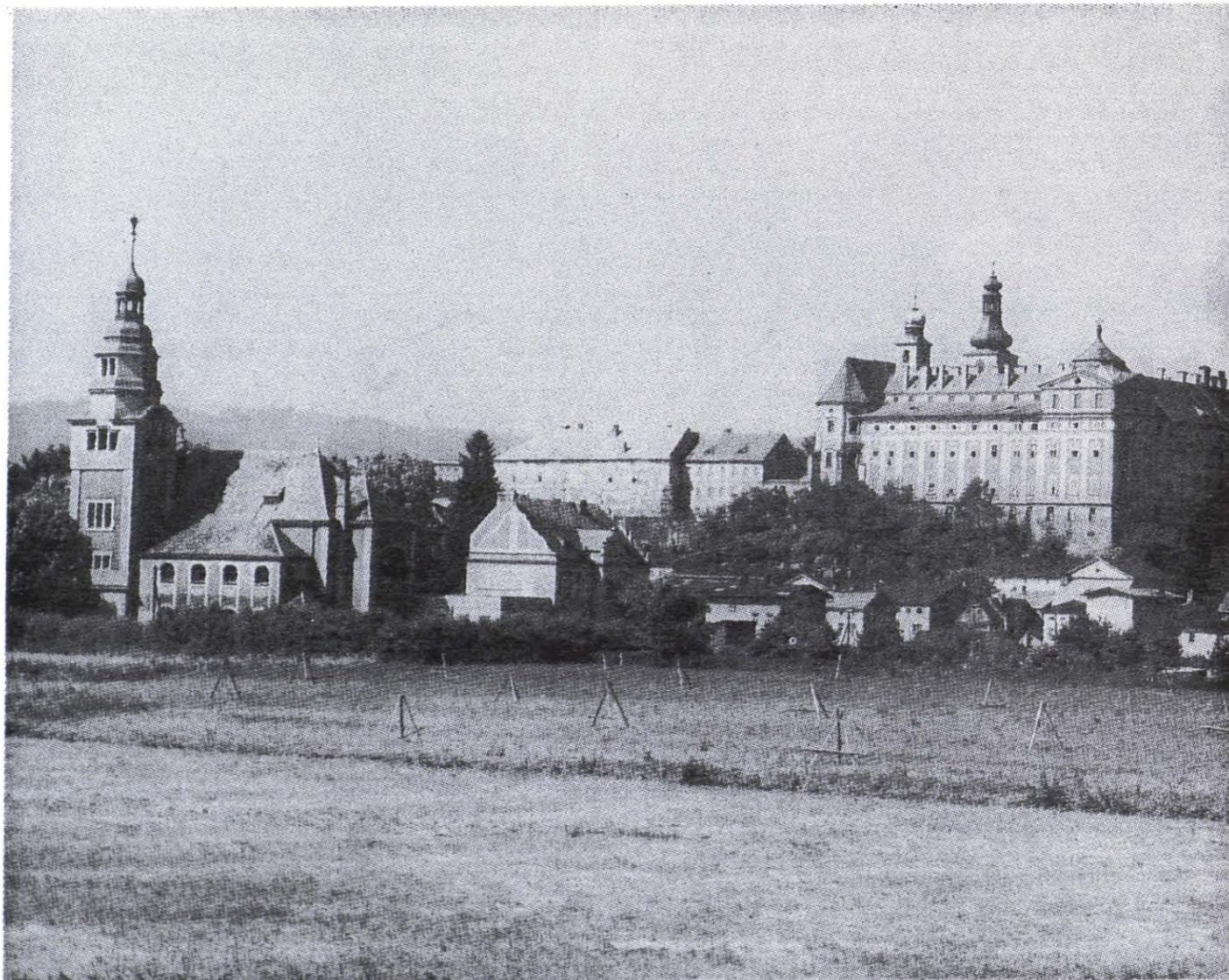
das Unrecht bei der Vertreibung eine „angemessene und richtige Würdigung findet“. Die Haltung Prags zur Vertreibung der Sudetendeutschen nach dem Krieg sei noch nicht zufriedenstellend. Bonn wünsche von Tschechien eine „moralisch distanzierende Geste“, sagte der deutsche Außenminister. Kinkel betonte, trotz der Spannungen seien die Beziehungen zwischen Deutschland und Tschechien „besser als ihr Ruf“. Die Regierung in Prag besteht darauf, daß die geplante gemeinsame Erklärung keine Ansprüche der Vertriebenen gegen Tschechien begründen darf. Kinkel machte deutlich, daß Bonn auf die drei Millionen Sudetendeutschen Rücksicht nehmen müsse. Es könne nicht „per Dekret“ gegen sie entschieden werden, sagte Kinkel.

*NATÜRLICH IST DIE SENSATION ausgeblieben, natürlich ist es so gekommen, wie man es erwartet hatte: Der deutsche Außenminister Kinkel erzielte in den Gesprächen mit seinem tschechischen Kollegen keinen Durchbruch. Die nicht „unerheblichen Fortschritte“, von denen Kinkel hinterher sprach, dürfen wohl unter der Rubrik „Schönfärberei“ eingeordnet werden. Mag sein, daß die gemeinsame deutsch-tschechische Erklärung tatsächlich zu einem hohen Prozentsatz gediehen ist. Wer solche bilateralen Anmachungen schon einmal gelesen hat, der weiß, daß derartige Texte zu einem hohen Prozentsatz aus diplomatischen Hohlformeln bestehen, über die es nicht viel zu streiten gibt. Wirklich wichtig und entscheidend sind meistens nur ein paar Dutzend von vielen tausend Buchstaben. Und um diese paar Dutzend Buchstaben geht es. Da gibt es keine Einigung. Da kann und darf es auch keine Einigung geben, solange für Prag die Grundlage der Gespräche die tschechische Rechtsordnung bleibt, also auch die Beneš-Dekrete.*

*ALLERDINGS: So wie der deutsche Außenminister die Verhandlungen geführt hat, kann es auch gar keinen Durchbruch geben. Denn wer für seine Seite gut verhandeln will, muß seine Asse auch auf den Tisch legen und sie nicht verschämt verstecken. Und Deutschland hätte in diesem Poker sogar ein Vierer-As in der Hand: Tschechien wird demnächst in Brüssel seinen offiziellen EU-Beitrittsantrag abliefern. Es wäre also an der Zeit gewesen, daß Herr Kinkel seinem Kollegen aus Prag ein paar Nachdenkanstöße mit auf den Heimweg gegeben hätte. Prag sollte sich Gedanken darüber machen müssen, wie denn diese tschechische Rechtsordnung samt ihren Unrechtsparagrafen mit dem Rechtsbestand der EU zusammenpassen soll. Ein EU-Mitglied mit dem Prinzip der „ethnischen Säuberung“ als geltendem Recht – das kann doch nicht wirklich möglich sein, sollte man meinen.*

*DOCH LEIDER IST ALLES MÖGLICH, wenn man es zuläßt. Und die Bonner Regierung läßt das Unmögliche offenbar zu. Auf den Beweis des Gegenteils warten die Sudetendeutschen sehnsüchtig – aber wie es scheint: vergeblich!*

### Das Bild der Heimat



**BRAUNAU.** Im frühen 13. Jahrhundert übernahmen die Benediktiner die Aufsiedlung des Braunauer Landes. Vor allem das Braunauer Stiftsgymnasium hat sich in der Geistesgeschichte Böhmens ausgezeichnet.

### Werte Bezieher der „Sudetenpost“

Der heutigen Ausgabe liegt ein bereits **adressierter Zahlschein** zur Begleichung Ihrer Bezugsgebühr bei. Wir ersuchen Sie um baldige Einzahlung. Wir danken Ihnen, vor allem auch für die vielen Spenden, ohne die die „Sudetenpost“ nicht mehr existieren würde.

**Bitte nehmen Sie die Einzahlungen ausschließlich über Bankinstitute vor, da ansonsten der „Sudetenpost“ zusätzliche Überweisungskosten entstehen würden.**

## Antideutsche Hetze nicht gesetzwidrig

Vier Monate vor den Parlamentswahlen in Tschechien sind in den Prager Straßen erneut Plakate aufgetaucht, auf denen ein mit Nazi-Symbolen versehener Adler die Tschechische Republik in seinen Fängen hält. Diese Plakate, die auch mit der Parole „Nein zu den Sudetendeutschen“ versehen sind, waren bereits vor den Parlamentswahlen 1992 zu sehen. Die tschechischen Behörden halten diese Hetze freilich nicht für gesetzeswidrig!

Damals ließen sie die Republikaner (SPR-RSC) des rechtspopulistischen Führers Miroslav Sladek aufkleben, was das SPR-RSC-Vorstandsmitglied Josef Krejsa gegenüber der tschechischen Tageszeitung „Mlada fronta Dnes“ auch bestätigte. „Krejsa wisse jedoch nicht, wer die jetzigen Plakate aufgeklebt habe.“

Auf den Plakaten wird dazu aufgerufen, alle tschechischen Politiker, die mit den Sudetendeutschen verhandeln wollen, zu bestrafen. „Jeden Minister oder Abgeordneten, der mit ihnen verhandeln würde, betrachten wir als Landesverräter, wobei für den Landesverrat nur eine Bestrafung möglich ist, die absolute Strafe“, heißt es.

Die Polizei sowie Juristen sehen laut „Mlada fronta Dnes“ in dem Inhalt der Plakate nichts Gesetzeswidriges. „Es ist weder eine Verleumdung, noch ein Angriff auf einen öffentlichen Vertreter.... Darüber hinaus sind die Republikaner nicht kompetent, zu sagen, wer ein Landesverräter ist oder nicht ist“, zitierte das Blatt den renommierten Prager Juristen Oldrich Chodera.

## Václav Klaus erklärt die Eigentumsfrage wieder einmal für „eindeutig abgeschlossen“: Helmut Kohl will tschechischen Premier erst gar nicht sehen!

Das getrübte deutsch-tschechische Verhältnis findet auch in nicht zustande kommenden Treffen seinen Ausdruck: Václav Klaus, der die Eigentumsfrage kürzlich wieder einmal in gewohnter Kältschnäuzigkeit für „endgültig abgeschlossen“ erklärte hatte, kam vor ein paar Tagen nach Bonn, doch Bundeskanzler Helmut Kohl wollte seinen tschechischen Amtskollegen erst gar nicht sehen! Zwar wurde der tschechische Regierungschef Václav Klaus am 19. Jänner zu einer Tagung in Bonn erwartet. Zu einem Treffen mit dem deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl sollte es hingegen nicht kommen. Regierungssprecher Peter Hausmann machte „terminliche Gründe“ geltend. Die Verhandlungen über eine gemeinsame „Schlußstrich“-Erklärung zur Aussöhnung zwischen beiden Völkern gingen jedoch auf der Ebene der Staatssekretäre weiter.

Premier Klaus meinte jedoch in Prag, sein Kabinett werde nicht auf weitere Verhandlungen mit Bonn über diese Erklärung drängen. „Es ist nicht notwendig, etwas zu beschleunigen ... und gewaltsam zu irgendeiner Lösung zu drängen“, sagte Klaus nach Angaben der tschechischen Nachrichtenagentur CTK. Die gemeinsame Erklärung sei lediglich ein „Ziegelstein im Bau“ der tschechisch-deutschen Beziehungen.

Václav Klaus hatte zuvor erneut deutlich gemacht, daß für sein Land „die Frage des einstigen Eigentums der Sudetendeutschen als Problem abgeschlossen sei“. „Das, was

vor 50 Jahren geschehen war, ist Vergangenheit und, genauso wie die Uhr, kann man es nicht zurückstellen“, betonte Klaus Mitte Jänner anlässlich seines Besuches in der nordmährischen Stadt Jeseník. Er fügte hinzu, für Tschechien sei deshalb diese Frage „eindeutig abgeschlossen“.

Etwas anderes sei die im Diskussionsstadium befindliche gemeinsame tschechisch-deutsche Erklärung, wo es möglich sei, „bestimmte Sachen“ mit Unterschrift zu bestätigen, sagte Klaus weiter, ohne konkretere Details anzuführen. Der Prager Ministerpräsident machte diese Erklärung nur einige Tage nach den Gesprächen der Außenminister Tschechiens und Deutschlands, Josef Zieleniec und Klaus Kinkel, bei denen die deutsche Seite Prag erneut aufgefordert hat, sich von der Vertreibung von Sudetendeutschen zu distanzieren.

Der Besuch Klaus' in Jeseník, einer neuen Bezirksstadt Tschechiens, erfolgte aus Anlaß der Bildung eines neuen Kreises (Bezirk) mit Wirkung vom 1. Jänner 1996. Das Kreis Jeseník liegt in einem Gebiet, wo vor dem Zweiten Weltkrieg mehrheitlich eine deutschsprachige Bevölkerung lebte. Die Erklärung über die Sudetendeutschen gab Klaus dort auf einer Versammlung in Beantwortung einer Frage ab. Der Fragesteller hatte Befürchtungen vor einer eventuellen Rückkehr von Sudetendeutschen und ihren Eigentumsforderungen zum Ausdruck gebracht.

## Gedanken des Bundesobmannes

Das Jahr des Gedenkens und d. Befreiung ist vorübergegangen und viele Fakten wurden einseitig od. überhaupt nicht betrachtet. D. Hauptpunkt, nämlich die Frage, was man aus der Vergangenheit gelernt hat und für die Zukunft berücksichtigt werden sollte, wurde viel zu wenig beachtet.

Unsere Situation ist nämlich, zu Unterschied von den „Innerösterreichern“, eine kompliziertere. Gemeinsam wurden wir vom Krieg und ein Diktatur befreit – was viele Mitbürger nicht überlebten –, wir wurden aber zusätzlich auch von Heimat, Besitztümern und Ehre befreit, viele von uns zusätzlich von Gesundheit und Wohlstand. Unsere Frauen trafen, soll hier nicht erwähnt werden, um nicht alte Wunden aufzureißen.

Wir wurden keine Terroristen und keine Unruhestifter, wie dies geplatzt wurde, sondern zu einem nicht unwesentlichen Aufbauelement in allen Staaten, in die man uns vertrieb. Dies wurde in der Öffentlichkeit im Zusammenhang mit den Gedenkfeiern leider nicht erwähnt, ebenso nicht, was man zur Beseitigung des noch bestehenden Unrechtsbestandes in den Vertreibungsstaaten zu tun gedenkt. Gedenken und dies einseitig, ist zu wenig. Wir werden auch im neuen Jahr, das große Anforderungen an uns stellt, unseren positiven Beitrag für unsere ursprüngliche und unsere neue Heimat einbringen.

Rückblickend auf das alte Jahr und die uns zugegangenen Glückwünsche aus Politik, Kultur, Wirtschaft aus den Medien, vor allem aber von unseren Landsleuten, will ich, stellvertretend für alle, drei Sätze an einem Bundesland veröffentlichen: „Wir konnten im heurigen Jahr doch einige Erfolge erzielen. Was ich zu Wohle unserer Landsmannschaft beitragen kann, werde ich bemüht sein zu leisten. Ich hoffe, daß auch im neuen Jahr die Zusammenarbeit wie bisher so gedeihlich verläuft. Diese Zusammenarbeit werden wir auch 1996 benötigen. Es gilt im Millennium Österreichs, unseren Beitrag für diese unsere alte und neue Heimat entsprechend aufzuzeigen, um unsere Position zu stärken und das Haus der Heimat als Kultur-, Informations- und Begegnungszentrum aller Altösterreicher deutscher Muttersprache nicht nur zu eröffnen, sondern kontinuierlich auszubauen.“

Mit Ihrer/Eurer Hilfe werden wir die an uns gestellten Anforderungen gemeinsam gerecht werden, meint Ihr Bundesobmann Karsten Edel

## Tschechen fanden keinen Hinweis für Genozid bei „Brünner Todesmarsch“

Für die Vertreibung von rund dreißigtausend Sudetendeutschen aus Brünn im Mai 1945, in deren Verlauf mehrere hundert Menschen ums Leben gekommen und in einem Massengrab nahe der südmährischen Gemeinde Pohrlitz (Pohorelice) beigesetzt worden waren, wird wahrscheinlich niemand bestraft werden. Die tschechische Polizei hatte im vergangenen Jahr zwar Ermittlungen aufgenommen. Der zuständige Ermittler Zdenek Krejci hat die Erhebungen kürzlich abgeschlossen. Der Genozid-Verdacht habe sich aber nicht bestätigt, zitierte die tschechische Tageszeitung „Mlada fronta Dnes“ Krejci.

„In keinen Unterlagen habe ich festgestellt, daß die Deutschen in Pohorelice einen gewaltsamen Tod starben“, betonte der Ermittler. Die Sudetendeutschen seien überwiegend an Krankheiten gestorben; sieben von ihnen hätten Selbstmord begangen. Laut den damaligen Polizeimeldungen sei ein Deutscher bestohlen und eine Deutsche vergewaltigt worden, diese Fälle seien jedoch ermittelt und die Täter bestraft worden, so Krejci. Er gab lediglich zu, daß die „Abschiebung“ nicht vorbereitet gewesen war und unter dem Druck der Öffentlichkeit, besonders der Arbeiter der Brünner Waffenfabrik „Zbrojovka“, stattgefunden hatte.

Die Erledigung des Falles sei, laut Krejci, eine „endgültige Entscheidung“, obwohl dies noch vom zuständigen Staatsanwalt bestätigt werden müsse. Die Ermittlungen könnten

allerdings wieder aufgenommen werden, wenn neue Tatsachen auftauchen, sagte der Brünner Ermittler.

Seit mehreren Wochen ermittelte die tschechische Polizei, ob beim „Brünner Todesmarsch“ der Strafbestand Völkermord gegeben war und ob die Handlungen bei der „wildem Vertreibung“ der Sudetendeutschen aus der damaligen Tschechoslowakei auch zum Tatzeitpunkt strafbar waren. Den Anstoß zu den Ermittlungen hatten vier tschechische Intellektuelle, unter ihnen der Schriftsteller Ludvik Vaculik, gegeben.

Vor wenigen Tagen sagte Krejci, mehrere Bürger aus Südmähren hätten ihn angerufen und gefragt, warum die Ermittlungen gestoppt worden seien. Einige hätten sogar gesagt, daß sie mit dem Ergebnis der Ermittlungen nicht einverstanden seien. Einer von ihnen habe die „Abschiebung“ als unmenschlich bezeichnet, so Krejci.

### Kritik an Einstellung der Ermittlungen

Der tschechische Schriftsteller Ludvik Vaculik ist mit der Einstellung der Ermittlungen im Fall des „Todesmarsches von Brünn“ nicht einverstanden. Wie die Wochenzeitschrift „Respekt“ berichtete, behauptet Ludvik Vaculik, in Tschechien fehle der politische Willen zu einer wirklich unparteiischen Untersuchung. „Es wäre notwendig, neue Zeugen zu vernehmen und nicht alte Beweise aneinanderzureihen und sie dann administrativ vom Tisch zu

legen“, sagte der Schriftsteller. Vaculik hatte zusammen mit drei weiteren tschechischen Intellektuellen im vergangenen Jahr Strafanzeige gegen unbekannte Täter wegen des Verdachts auf Völkermord gestellt.

### Brünner Polizei übte Hinrichtungen!

Die Mitglieder des Sonder-Eingreifkommandos der Brünner Stadtpolizei sollen bei einem Training die Vornahme von „Hinrichtungen“ geübt haben. Die tschechischen Zeitungen veröffentlichten am Samstag ein Bild mit einem knienden Polizisten mit gefesselten Händen, auf dessen Kopf von hinten ein anderer Beamter mit einer Pistole zielt. Der Chef der Brünner Stadtpolizei, Daniel Sima, bestätigte, daß das abgedruckte Foto aus dem Training seiner Truppe stamme. Allerdings versuchte er die Affäre mit den Worten zu bagatellisieren, die Pistole sei eine Attrappe gewesen: „Die Burschen scherzten einfach.“ Das Bild sei in einer Pause der Ausbildung entstanden. Es gebe mehrere solche Fotos, wobei auf ihnen auch oft „noch viel schlimmere Details“ zu erkennen seien, sagte Sima, ohne weitere Einzelheiten zu nennen.

Das Bild sorgte für Aufsehen in der tschechischen Öffentlichkeit. Mehrere Mitglieder der Brünner Stadtvertretung bezeichneten das Foto als „völlig unannehmbar“. Es war zunächst unklar, ob und welche Folgen die Affäre haben wird.

## Kinkel zu Verhandlungen mit Prag: Verheerend festgefahren!

Der Prozeß der Aussöhnung zwischen Deutschland und Tschechien ist nach Einschätzung des deutschen Außenministers Klaus Kinkel ins Stocken geraten. Klaus Kinkel sagte der „Süddeutschen Zeitung“, die Situation sei „verheerend festgefahren“. Bei einem Treffen vergangene Woche hatten Kinkel und sein tschechischer Amtskollege Josef Zieleniec keinen Durchbruch bei der geplanten gemeinsamen Erklärung zur Aussöhnung erreicht.

Nach dem Zeitungsbericht verlangte Zieleniec

ansprüche für beendet erklärt und kein Bedauern der Vertreibung der Sudetendeutschen enthält. Dem habe er trotz allen guten Willens nicht zustimmen können, sagte Kinkel. Bonn sei zur Entschädigung für Nazi-Opfer bereit. Prag müsse aber auf das verletzte Rechtsgefühl der Sudetendeutschen eingehen. Zwar habe die Vermögensfrage keine praktische Bedeutung, doch würde diese „Schlußstrich“-Erklärung eine Flut von Prozessen gegen die Bundesregierung auslösen. Er brauche „minde-

nach dem früheren tschechoslowakischen Präsidenten benannten Erlasse waren Grundlage für die Enteignung und Vertreibung der Sudetendeutschen.

Kinkel sagte, er werde alles tun, um eine Lösung zu erzielen. Der „Süddeutschen Zeitung“ zufolge soll nach den Verhandlungen von Kinkel und Zieleniec, die als Fiasko beschrieben würden, nun wieder vertraulich auf Staatssekretärebene verhandelt werden. In beiden Hauptstädten werde kaum mehr mit einer Verständigung vor den tsche-

## Angst vor Deutsche

Tschechien muß nach Auffassung des sitzenden der ultrarechten tschechischen republikaner (SPR-RSC), Miroslav Sladek, gegenüber der BRD Vorsicht walten lassen. Deutschland müssen wir auf jeden Fall passen, weil die Deutschen dies genetisch sich haben. Sie haben schon zwei Weltkriege entfacht, und ich denke, daß sie sich im Falle des Kampfes um den Lebensraum einen weiteren (Krieg) einlassen würden erklärte der rechtspopulistische Parteichef einer Fernsehdebatte.

In den Beziehungen Tschechiens zu BRD sollten „keine neue Sachen“ geölt werden. Ausnahme sei die Pflicht Deutschlands gegenüber der CR, die Schäden dem 2. Weltkrieg zu bezahlen, so Sladek. „Keine anderen Sachen sollen auf den Tisch kommen. Dies bedeutet, daß die Sudetendeutschen nicht zurückkommen sollen. haben kein Recht auf Rückkehr und Schadenersatz“, betonte der SPR-RSC-Chef. tschechischen Republikaner sind im Parlament mit 5 Abgeordneten vertreten. Sie werden verdächtigt, hinter der Flugblatt-Aktion vom Sommer zu stehen, die bei den tsche-

# Nur wer sich erinnert, hat eine Zukunft – Gedanken über die Heimat

Mag es an den dunklen, langen Nächten liegen, an den Wolkenfetzen, die tief über die Stadt Heilbronn und über die Häuserzeilen hinwegziehen, daß ich mir in verstärktem Maße Gedanken über meine Heimat mache.

Heimat – ist es die ehemalige freie Reichsstadt Heilbronn und das Umland, ist es das Felstal, die Stadt München, das liebliche Neckartal mit seiner wunderschönen Stadt Heidelberg, der Welzheimer Wald oder das Knüllgebirge in Hessen, mit seinen Dörfern, die meistens mit der Endsilbe „rode“ enden. Alles Stationen, die mir nach unserer Vertreibung jahrelang Heimat waren und noch sind.

Nein, meine Gedanken wandern zurück nach Südmähren. Das Thayatal, der Mühlbach und Zulb, unweit der österreichischen Grenze – in dem ich meine Kindheit verbrachte und der bis zum März 1946 meine Heimat war.

Die Krappels – kommen sie aus Südmähren? Alle bisher in der BRD mit diesem Familiennamen Angetroffenen bestätigen mir das. Recherchen haben ergeben, daß achtzig Personen diesen Familiennamen tragen. Sie sind über alle Bundesländer verteilt. Mein Vater war bis zum Jahre 1939 Bürgermeister der Gemeinde Zulb. Er wurde von den Nazis abgesägt und wurde sofort für den Polenfeldzug eingezogen. Er war ein entschiedener Gegner der Nationalsozialisten. Diese Einstellung brachte ihm die Beschmierung der

Hauswand „Hinterlands-Tachinierer“ ein. Meine Mutter, eine geborene Haninger, kam aus Neuschallersdorf. Mein Großvater mütterlicherseits stiftete die Turmuhr. Ein vergilbtes Foto erinnert noch daran. Der Haninger-Großvater war für die damaligen südmährischen Verhältnisse reich. Meine Mutter brachte den Gemüsebau vom Thayaboden in meine Heimat Zulb. Zulb – ich sehe es zum tausendsten Mal vor mir.

Die letzten Tage des Großdeutschen Reiches, die letzten deutschen Landser und danach tauchten die ersten Rotarmisten auf. Sie wurden von uns freundlich begrüßt. 9. Mai 1945 Kapitulation – die ganze Bevölkerung des Ortes stand am Straßenrand. Vorbei war der Krieg, die Bomben, die Tiefflieger. Es ist überstanden, dachten wir. Doch wehe den Besiegten. Wir alle, die wir diese Tage erlebt haben, mußten damit fertig werden. Wir hofften es zu überstehen und wir hofften, es würde danach weitergehen, wie es früher war. Auch diese Hoffnung trügte. Den Rotarmisten folgten die tschechischen Partisanen, um über die wehrlose Bevölkerung herzufallen. Mein Vater wurde damals als Starosta eingesetzt. Eine Aufgabe, durch die er sich den Unwillen der Mitbewohner zuzog. Der größte Teil der Mitbewohner unseres Dorfes verließ Haus und Hof, um über die nahegelegene Grenze nach Österreich zu flüchten. Nur ein geringer Teil harzte aus. Auch wir blieben auf unserem Hof. Wir konnten es einfach nicht glauben, daß man von Haus und Hof vertrie-

ben werden kann. Diese tschechischen Partisanen, meist waren es jungen Menschen, gingen äußerst brutal gegen die Zurückgebliebenen vor. Mißhandlungen, Folterungen, auch in sadistischer Form, waren an der Tagesordnung. Wir schlichen durch unser Dorf, mußten Armbinden tragen und waren für jeden Tschechen Feind.

Am 19. März 1946 erfolgte dann die Aussiedlung. Wochenlanger Aufenthalt in Znaim. Wir waren in Pferdegeställen untergebracht. Transport in Viehwaggons. Ziel unbekannt. Ging es nach Osten? Schließlich Aufnahme in einem Lager in Hessen. Von dort wurden wir auf die hessischen Dörfer, die meist mit der Endsilbe „rode“ enden, verteilt. Der Lastwagen hielt, das Gepäck wurde heruntergeworfen und da standen wir nun!

Wer nahm uns? So wanderten wir mal zu dem einen oder anderen Haus, bis eine Familie sich unser erbarmte und wir in zwei kleinen Kämmerchen einen Aufenthalt und Unterkunft fanden. Am anderen Tag arbeiteten wir auf den steinreichen hessischen Feldern, um unser Essen zu verdienen. Ich sehe heute noch meinen Großvater, verwundet im Ersten Weltkrieg – mit verkrüppelter Hand – Steine lesen.

Ich wurde 1933 in Altschallersdorf geboren. In Zulb besuchte ich die Volksschule und in Joslowitz die Bürgerschule. Wenn man mich als Kind und Buben fragte: „Peppi, was willst du einmal werden?“ Dann sagte ich voller

Stolz: Bauer“. Die Eltern hatten einen der größten Höfe in Zulb. Ich wollte in den Fußstapfen meiner Eltern weitermachen. Es kam jedoch anders. Ich wurde Banker, lernte bei der Sparkasse in Bad Hersfeld, machte meinen Sparkassenbetriebswirt in Stuttgart und arbeitete zuletzt als Filialdirektor und in den letzten fünfzehn Jahren als Versicherungs- und Finanzierungsmakler. Unsere beiden Söhne haben Medizin studiert und arbeiten als Ärzte in Bonn und Saarbrücken. Jedoch viele meiner Generation werden ähnlich denken. Ich wäre gerne in meiner wunderschönen Heimat alt geworden; mit meiner Familie, meiner Sippe und meinen Freunden aus der Jugend in der Dorfgemeinschaft. So mußte ich nach Jahren meine Verwandten suchen und stellte fest, daß wir uns auseingelebt hatten. Es gab sogar sprachliche Unterschiede. Die einen sind in Niederösterreich, andere landeten in Bayern, Nordhessen, Württemberg oder in der Schweiz.

Die Aussiedlung von zirka 3,2 Millionen tschechoslowakischer Bürger deutscher Nationalität stellt in Zusammenhang mit den mitteleuropäischen Umsiedlungen die größte Völkerwanderung neuer Geschichte dar und ist nicht mit der Kollektivschuld aller Deutschen zu entschuldigen. Der Schuldanteil, der dem deutschen Nationalsozialismus und Hitler am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zuzuschreiben ist, kann nicht mit dem Schuldanteil der Deutschen außerhalb identisch sein.

Von Josef Krappel

## Bei Unfall in Tschechien droht Ruin: Spitalskosten nicht voll ersetzt

Eine Besuchsfahrt in die alte Heimat kann zum finanziellen Ruin führen: Die Arbeiterkammer Oberösterreich warnte kürzlich vor „horrenden“ Rechnungen für die Spitalsbehandlung nach plötzlich auftretenden Krankheiten oder Unfällen in den östlichen Nachbarländern Österreichs. Weil es mit diesen Ländern noch kein Sozialversicherungsabkommen gibt, müssen nämlich österreichische Patienten selbst für den Großteil der Kosten aufkommen. Deshalb: Vor der Fahrt nach Tschechien privat versichern!

Die Arbeiterkammer nennt als Beispiel den Fall eines Linzer Mindestpensionisten, der 235.000 Schilling bezahlen soll. Der Mann absolvierte einen Freundschaftsbesuch in Tschechien, dabei erlitt er einen Herzinfarkt. Deswegen mußte er sich in einem böhmischen Krankenhaus 24 Tage lang stationär behandeln lassen, davon 14 Tage sogar in der Intensivstation. Nach diesem gesundheitlichen

Schock traf ihn auch noch ein finanzieller. Denn bei der Entlassung konfrontierte ihn die tschechische Krankenhausverwaltung mit einer Rechnung über 580.000 Kronen, umgerechnet etwa 235.000 Schilling.

Die oberösterreichische Gebietskrankenkasse darf – weil mit Tschechien kein Sozialversicherungsabkommen besteht – nur jene Kosten ersetzen, die auch in einem österreichischen Spital anfallen würden. Diese betragen aber nur aber nur einen Bruchteil der tschechischen. Der österreichische Ersatz wird zudem erst dann geleistet, wenn die Rechnung in Tschechien beglichen ist. Womit der Mindestpensionist, dessen Nettopension nur 7.440 Schilling monatlich beträgt, die Riesenrechnung bezahlen soll, ist noch ungeklärt.

Die Arbeiterkammer warnt jedenfalls aufgrund dieses aktuellen Falles davor, daß ähnliche Probleme auch in Ungarn, der Slowakei und anderen Ländern des ehemaligen Ost-

blocks auftreten können, weil auch mit diesen noch keine Sozialversicherungsabkommen bestehen. Für die meisten westlichen Länder gelten sie hingegen schon. Die Arbeiterkammer empfiehlt, für Reisen in jene Länder, in denen noch kein Abkommen mit Österreich gilt, eine private Krankenversicherung abzuschließen.

### Tschechien verdient am Tourismus bestens

Die Devisen-Einnahmen Tschechiens aus dem Tourismus im Jahre 1995 haben nach vorläufiger Einschätzung des Prager Wirtschaftsministeriums etwa 2,5 Milliarden Dollar, umgerechnet 67 Milliarden Kronen oder 25,3 Milliarden Schilling erreicht. Dies ist um 27 Prozent mehr als im Jahre 1994, obwohl die Zahl ausländischer Touristen von den 101,1 Millionen 1994 auf 98,1 Millionen 1995 gesunken ist.

### Klaus: Keine Abwertung der tschechischen Krone

Der tschechische Ministerpräsident Václav Klaus hat Spekulationen über eine bevorstehende Abwertung der tschechischen Krone zurückgewiesen. Derartige Vorstellungen seien „absurd“, sagte Ministerpräsident Klaus kürzlich. Die japanische Nomura-Bank hatte zuvor prognostiziert, daß die Krone nach den Parlamentswahlen im Juni um zwanzig Prozent abgewertet werden würde, unter anderem, weil die Umstrukturierung der Industrie nicht ausreichend vorangekommen sei.

Ministerpräsident Klaus sagte dazu, die Vorhersagen der japanischen Bank Nomura hätten sich bisher noch immer als falsch erwiesen. Die tschechische Währung ist erst seit einigen Monaten frei konvertibel.

## Der sudetendeutsche Weg zurück in die Zukunft

Der tschechische Agrarminister Lux will die sudetendeutsche Frage mit dem Verkauf von sudetendeutschem Bauernland an Meistbietende abrupt zum Abschluß bringen. Damit hat er die Eigentumsfrage zum Schlüssel der tschechischen Haltung gemacht. Abgeschlossen, aus, meint er. Dazu stellt der sudetendeutsche Arbeitskreis für deutsche und europäische Bauernfragen im Verein mit der Studiengruppe Erbland Sudetenland fest:

1. Selbst in den völkerrechtswidrigen Beneš-Dekreten wird nur von Konfiskation gesprochen – also Beschlagnahme – und nicht von Enteignung (tschechisch: vyvlastnění). Dies entspricht auch der offiziellen Lesart des Bundesverfassungsgerichts sowie auch der Bundesregierung.

2. Durch die Vertreibung (tschechisch: vyhnání) und nicht Abschiebung (tschechisch: odsun) ist dem sudetendeutschen Eigentümer (tschechisch: vlastník) mittels brutaler Gewalt die Verfügung über sein Eigentum entzogen worden.

zungsentgang. Legt man bei landwirtschaftlichem Grund und Boden pro ha nur DM 200,- zugrunde, so entspricht dies bei einer Gesamtfläche von 2,1 Millionen Hektar mal fünfzig Jahre einer Summe von 21 Milliarden DM. Hinzu kommt noch die Verzinsung für den gleichen Zeitraum. Ähnliches gilt natürlich auch für Wohnhäuser, gewerbliche und industrielle Anlagen etc.

4. Der Hinweis – leider auch von deutschen Politikern – die Tschechen hätten kein Geld, ist kein Argument. Bei Rückgabe des Eigentums braucht man kein Geld. Eine Entschädigung hieße Verzicht auf Rückkehr und gleichzeitig auch Anerkennung der Vertreibung.

Kein Volk in Europa, das vom Zweiten Weltkrieg betroffen war, hat es so gut überstanden wie das tschechische. Das beweisen auch die Statistiken der Volkswirtschaften in Europa. Schon 1947 erreichten die Produktionszahlen die des Jahres 1937. Dies ist nicht verwunderlich, waren doch die Produktionsanlagen nahezu unbeschädigt durch Kriegseinflüsse davongekommen, die vom Deutschen Reich

werkstelligten ein gutes Ergebnis. Daß das tschechische Volk in die ausbeuterischen Krallen des Sozialismus geriet, war ein Danaergeschenk von Beneš. Durch industriellen Raubbau in den sudetendeutschen Gebieten ist die ČR heute frei von Auslandsschulden.

5. Wenn also, wie die Sudetendeutsche Landsmannschaft betont, es nur eine kollektive Rückkehr geben kann, so setzt das voraus: Die Beneš-Dekrete in den entsprechenden Punkten müssen weg. Wer aber glaubt, daß dann eine Massenrückkehr einsetzen würde, der denkt falsch, denn wer möchte noch einmal unter tschechischer Vorherrschaft leben, um noch einmal das grauenvolle Geschehen der Vertreibung zu erleben? Das können wir auch unseren Kindern und Enkeln nicht zumuten. Was und wie dann?

6. Über parteiliche und gesinnungsgemeinschaftliche Grenzen hinweg ist es jetzt mehr als jemals zuvor notwendig, Einigkeit walten zu lassen. Die Züge der mitteleuropäischen Staaten in Richtung Europaunion stehen

schaftliche und kulturelle Verträge auf staatlichen und privaten Ebenen erfolgt, ohne unsere heimatpolitischen Forderungen zu berücksichtigen. Wo bleibt die Obhutspflicht?

7. Scivias! Wisse die Wege! Harry Hochfelders und Kurt Werners philosophische Denkschulen weisen die Wege. Es geht um die Rückgewinnung des sudetendeutschen Territoriums in eine Volksgruppenselbstverwaltung (Dr. Wittmann). Dies erreicht man auf friedlichem Weg durch Schaffung von wirtschaftlichen Anreizen für junge Tschechen, das Sudetengebiet zu verlassen. Hilfreich hierzu sind die schon eingangs erwähnten Mittel bezüglich des Nutzungsentgangs, des propagierten Fonds des deutsch-tschechischen Jugendwerkes (Bundespräsident Herzog), Schaffung eines Fonds, wie er in der Diskussion der Sudetendeutschen erörtert wird. Nicht zuletzt Lastenausgleichsgelder, die im Falle der Wiederverfügung des Eigentums zurückzahlen sind (Gesetz des Bundestages vom Juli 1992).

Ein Zukunftswerk, das allen Betroffenen

# Auch 1946 ging Vertreibung weiter

Zwar schon etwas humaner, aber auch diese Vertreibung bleibt trotzdem ein Verbrechen. Und die Verbrecher sind immer noch am Werke. Wenn auch in der unteren Ebene schon da und dort eine kleine Verständigung möglich ist. Nur die „Oberen“, die das „Sagen“ haben, die wollen nicht, wollen keine Verständigung, auch wenn es schon die nächste Generation ist. Sie sind froh, daß sie in unserer Heimat und in unseren Häusern sitzen, unser Hab und Gut kassiert haben und denken gar nicht daran, da etwas zu ändern oder wieder gut zu machen. Sie wollen zwar teilweise eine Versöhnung. Aber da geht es ja nur um den sogenannten „Schlußstrich“ und ums Geld, das sie für alles Mögliche von uns und von Deutschland haben wollen. Diese tschechischen Methoden kennen wir ja nur zu gut. Man braucht nur in der Geschichte nachlesen. Im Ersten Weltkrieg haben die tschechischen Überläufer (Legionäre) in Rußland schon alles zusammengestohlen für ihren neuen Staat. 1918 haben sie Amerika belogen, um ihren Staat zu gründen. 1919 haben sie sofort

scharf geschossen, als friedlich demonstriert wurde und dadurch gleich die Demokratie begraben. Die ČSR wollte eine zweite Schweiz werden, nach außen. Innen waren die Tschechen das Staatsvolk und die Deutschen wurden unterdrückt. Als 1937/38 sich die Engländer (Lord Runciman) und die Franzosen einmischten – um den Schaden von 1918 wieder gut zu machen – hat Beneš das Sudetenland noch „vor“ dem Münchener Abkommen zur Abtretung angeboten. Im Abkommen waren ja nur die Durchführungsmodalitäten festgelegt. Beneš wollte ja schon 1938 rund 1,7 Millionen Sudetendeutsche aus ihrer Heimat vertreiben. Während des Zweiten Weltkrieges hat er die Alliierten bearbeitet, daß sie der Vertreibung zustimmen. Churchill war dagegen. Aber als Truman, der die bzw. unsere Geschichte bestimmt nicht kannte, dann zustimmte, da fiel auch Churchill um. Die offizielle Zustimmung der Alliierten erfolgte aber erst, als schon der größte Teil der Sudetendeutschen auf wilde Art und Weise vertrieben war. Daß es dabei auch 241.000 Tote gab, ist nicht verwunder-

lich, denn sie haben gemordet, wo es nur möglich war. Ich weiß es auch aus eigener Anschauung.

Nun sind 50 Jahre vergangen. Wir haben auf Recht und Vergeltung schon vor Jahrzehnten verzichtet und die Hand zur Versöhnung angeboten. Bisher wurde sie leider nicht angenommen. Aber das Rad der Geschichte dreht sich weiter. Wir haben im letzten Jahr durch einige größere Veranstaltungen auf das Verbrechen der Vertreibung öffentlich hingewiesen. Wir werden auch in Zukunft weiter „Erinnern und Mahnen“. Wir lassen nicht locker. Das Verbrechen der Vertreibung wird in der Geschichte, bis zu einer Änderung, einer Wiedergutmachung, offiziell immer als Verbrechen stehen bleiben bzw. die Tschechen belasten. Wir geben die Hoffnung nicht auf, sind jederzeit zu Gesprächen, zu Verhandlungen bereit. In einem geeinten Europa gehören solche Verbrechen, solche Unstimmigkeiten, ausgeräumt. Hier muß man miteinander reden können, damit es auch einen echten, guten Frieden gibt. Landesobmann Kurt Wunde

## Haus der He Bausteinak

Die Bauarbeiten im Haus laufen auf vollen Touren, säurungen der Zwischenwände nommen und die neuen Tü setzt worden.

Nach der Bauplanung, die recht verläuft, steht uns Ende des Quartals unser Stockwerk ausstattung zur Verfügung, eigenen Mitteln bestreiten r früher es ihnen und vorgesehoren aus Wirtschaft, Kunst, anderen Bereichen möglich ist steinaktion“ zu unterstützen, können wir exakt planen und beginnen. Spätestens im viert soll die Gesamteröffnung erf bis dahin sollten auch wir fertig

Die Bausteinaktion läuft trotz tretenen Panne (Zahlschein) aber noch nicht zufriedenste werden darüber laufend in der post“ berichten.

In Kürze erhalten alle Spei S 500.- eine Förderurkunde, werden zusätzlich namentlich „Sudetenpost“ geehrt, denn s kleinste Spende – die in der Rel große sein kann – ist uns eine Hilfe.

Bitte fordern auch Sie einen Z an oder überweisen Sie auf I 0034 52570 03 bei Creditanst BLZ. 11000, unter „Bausteinakti

Wir danken schon jetzt im Nam res Hauses der Heimat.

## Meinl: Absatznetz verdoppeln

Der österreichische Handels- und Nahrungsmittelkonzern Julius Meinl will seine Verkaufsstellen in Tschechien von derzeit 50 auf 111 erweitern. Damit würde der Konzern über die gleiche Anzahl an Outlets verfügen, wie das in der ehemaligen Tschechoslowakei vor der Verstaatlichung nach dem Zweiten Weltkrieg der Fall war, sagte Jindrich Barak, Geschäftsführer der tschechischen Meinl-Tochter Julius Meinl CR GmbH, in einem Artikel der Prager Tageszeitung „Pravo“. Auch die weitere Privatisierung der größten Prager Handelsfirma „Pramen“ werde sich positiv auf die Expansionsbestrebungen von Meinl auswirken. Meinl ist im Besitz von mehr als 40 Prozent der Pramen-Aktien. Barak machte gleichzeitig darauf aufmerksam, daß Meinl diese Anteile „nicht nach und nach von den kleinen Aktionären gekauft hat“. Vielmehr habe Meinl „im Großen“ von den Privatisierungsfonds und Banken gekauft, so Barak. „Pramen“-gehört mehrheitlich noch immer dem Staat.

## Karlsuniversität ehrt Richard von Weizsäcker

Der frühere deutsche Staatspräsident Richard von Weizsäcker erhielt Mitte Dezember die Ehrendoktorwürde der Karlsuniversität in Prag. Die älteste Hochschule Mitteleuropas würdigte damit die Verdienste Weizsäckers um den Aufbau des neuen demokratischen Deutschlands sowie sein Engagement für die Verbesserung des deutsch-tschechischen Verhältnisses.

Der tschechische Staatspräsident Václav Havel, der an der feierlichen Zeremonie teilnahm, bezeichnete Weizsäcker als die Verkörperung der Glaubwürdigkeit des wiedervereinten Deutschlands. Er habe als „Anwalt seiner Mitbürger im besten Sinne des Wortes weitgehend zur andauernden Kultivierung der politischen Kultur sowohl in seinem Land als auch jenseits seiner Grenzen beigetragen“. Zudem widme Richard von Weizsäcker dem tschechisch-deutschen Verhältnis einfühlsames Interesse, wofür ihm Hochachtung gebühre.

Weizsäcker betonte in seiner anschließenden Rede, eine der wichtigsten Aufgaben des

wiedervereinten Deutschlands sei die Verständigung mit der Tschechischen Republik. Zur nachbarschaftlichen Verständigung gehöre, „im vollen Bewußtsein der Vergangenheit keine Veränderungen der Geschichte zu Lasten heutiger menschlicher Existenzen anzustreben“.

Verständigung und friedliche Nachbarschaft dürften nicht durch Unklarheit und Zweideutigkeit belastet bleiben, forderte Weizsäcker. Auf die aus tschechischer Sicht unerfüllbaren Besitzansprüche der nach Kriegsende aus der Tschechoslowakei vertriebenen Deutschen ging er nicht direkt ein.

Unmißverständlich bezeichnete der Altbundespräsident dagegen jegliche Vertreibung als schweres Unrecht. Zwar sei diese im Falle der Deutschen aus der Tschechoslowakei eine Folge der Diktatur des Münchener Abkommens von 1938 und der gewaltsamen Besetzung des Landes im Frühjahr 1939 gewesen, mache aber „ihre grausame Ausführung in gar keinem Sinne erträglich“.

## Faschingskränze am 23. Februar

Bei alt und jung ist das Faschings – Gschnas – der Sudetendeutsche Wiens sehr beliebt. Da kommen imm viele junge Leute und Freunde zu. Aber auch die ältere Generation – einige ehemalige Kameraden sind dabei und die Freunde von der ÖA Reichenberg. Auch heuer wird dieschen gemeinsam mit den Reiche durchgeführt. Und zwar am Freitag 23. Februar, im Heim der SDJ-Wien 17, Weidmannsgasse 9 (Einganges Tor). Die Weidmannsgasse liegt der Hormayr- und der Kalvarienbergg ist leicht mit der Linie 9 und 43 zu e Musik vom laufenden Band, für Geträ Imbisse wird bestens gesorgt! Der E natürlich frei! Jeder komme in lustiger rade (Faschingsverkleidung). Der Be um 19.30 Uhr, das Ende – je nach Wi Alle jungen Freunde (auch wenn s ersten Mal dabei sein wollen) so Freunde der ÖAV-Sektion Reichenbe herzlichst dazu eingeladen. Aber at ehemaligen Freunde und Kamerad SDJ-Wien! Wir dürfen Euch, liebe Fas nährinnen und -narren, dazu recht l erwarten und freuen uns schon jetzt au Besuch. Mitzubringen ist gute Laun natürlich auch Eure Freunde!

## Der Urnenhain von Böhmisches Leipa

Ein fast unbekanntes Kriegsverbrechen

Jahrelang hat der norwegische Staatsbürger Nielsen aus Norwegen nach seinem verschollenen Bruder gesucht, der sich als Freiwilliger zur deutschen Waffen-SS gemeldet hatte, um in der SS-Division „Wiking“ am europäischen Abwehrkampf gegen den Bolschewismus teilzunehmen.

Das letzte Lebenszeichen des Panzergranadiers Nielsen war die Mitteilung vom 27. Februar 1945, die besagte, daß er als Schwerverwundeter im Lazarett Gablonz / Sudetenland läge. Zusammen mit deutschen Freunden hat der Bruder in mühsamer Kleinarbeit Nachforschungen in der Tschechei angestellt, wobei er von tschechischen Staatsangehörigen wirksam unterstützt wurde. Es hat sich folgendes ergeben: Das Lazarett Gablonz wurde kurz vor Kriegsende per Eisenbahntransport nach Westen verlegt. Der mit den gut sichtbaren Rot-Kreuz-Markierungen erkennbare Lazarettzug erreichte Böhmisches Leipa: wurde dort von tschechischen Partisanen aufgehalten und umstellt. Niemand durfte sich den Waggon nähern. Die in den Wagen liegenden schwerverwundeten Soldaten haben in tagelanger, sengender Hitze ohne Verpflegung, ohne Wasser und ohne ärztliche Versorgung einen grausamen Tod gefunden!

Die Leichen, die man dann aus den Waggonen warf, haben nach den Schilderungen von Augenzeugen noch einige Tage am Bahndamm gelegen, ehe man sie wegen des bestialischen Gestanks verbrannte. Die Asche wurde auf einer Wiese des Städtischen Friedhofs vergraben. Die Stelle ist bei den Einwohnern von Böhmisches Leipa als „Urnenhain“ bekannt. Aus: „Leitheft“

## Kinderfaschingsfest am Samstag, dem 3. Februar 1996

Wieder einmal findet ein großes Kinderfaschingsfest für alle Kinder im Alter von zirka 3 bis etwa 11/12 Jahre statt! Dazu laden wir recht herzlich ein.

Ort: SDJ-Heim in Wien 17, Weidmannsgasse Nr. 9 (nächst dem Elterleinplatz, zwischen der Hormayr- und Kalvarienberggasse gelegen), mit den Straßenbahnlinien 9 und 43 leicht erreichbar. Eingang beim Eisernen Tor neben dem Hauseingang.

Beginn: 15 Uhr, Ende zwischen 17 und 18 Uhr – je nach Stimmung. Für die Kinder gibt es Kuchen und Krapfen sowie Kaka! Und die begleitenden Eltern oder Großeltern sind herzlich zu Kaffee und Kuchen eingeladen! Unter fachkundiger Aufsicht von ausgebildeten Kindergärtnerinnen und

Jugendleitern wird ein buntes Programm abgewickelt. Jeder komme in lustiger Faschingsverkleidung – die besten Verkleidungen bzw. Masken werden prämiert!

Der Eintritt ist selbstverständlich frei – Spenden zur Deckung des Aufwandes werden gerne entgegengenommen. Um den Einkauf usw. entsprechend vorbereiten zu können, wird um Voranmeldung gebeten (ist aber nicht Bedingung). Bei Martina Grohmann: schriftlich (Postkarte genügt – bitte Personenanzahl angeben, getrennt nach Kinder und Erwachsene), 1170 Wien, Frauengasse 16, oder telefonisch: 485 88 73.

Schon jetzt freuen wir uns auf eine recht zahlreiche Teilnahme und auf schöne Faschingsverkleidungen!

## Vollmer hat Verständnis für sudetendeutsche Forderungen

Die deutsche Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer hat Bundeskanzler Helmut Kohl aufgefordert, ein klärendes Wort zur deutsch-tschechischen Aussöhnung zu sprechen. Vor neuen Gesprächen über eine entsprechende Vereinbarung beider Regierungen sagte sie kürzlich im Deutschlandfunk, jetzt sei die Politik gefragt. Es könne nicht angehen, daß man immer wieder auf juristische Fragen ausweiche. Die Aussöhnung mit den Tschechen sei die letzte offene Frage der deutschen Außenpolitik. Sie sei aber „unerschütterlich optimistisch“, daß diese letztendlich gelingen werde.

Vollmer äußerte Verständnis für die Forderung der Sudetendeutschen an die Regierung in Prag, sich von der Vertreibung zu distanzieren. Die Vertreibung der Sudetendeutschen sei eine Form der „ethnischen Säuberung“ gewesen. Bei der tschechischen Regierung sehe sie jetzt erstmals die Bereitschaft zu einer solchen Erklärung, sagte Vollmer. Angesichts von 40 Jahren Diktatur in der früheren Tschechoslowakei könne sie verstehen, daß es erst jetzt dazu kommen könne. Schließlich hätten auch die Deutschen lange gebraucht sich

## Gedenkstunde: 51 Jahre nach der Vertreibung

Zum Gedenken an die Opfer schrecklichen Vertreibung vor 51 Jahren und für die Toten des 4. März 1919 findet die traditionelle Gedenkstunde am Samstag, dem 9. März, im Kongreßhaus Wien 5, Margaretengürtel 138, statt. Beginn ist um 16 Uhr (Einlaß ab 15.15 Uhr). Eine bekannte Persönlichkeit aus dem öffentlichen Leben wird die Gedenkstunde sprachlich halten. Umrahmt wird die Feierstunde vom Männerchor Falkenstein und vom Bläserquartett Matzen. Merken Sie sich schon jetzt diesen Termin fix und machen Sie dafür Werbung, nehmen Sie Ihre Familie, die jungen Leute, alle Freunde und Bekannten mit! Erwartet werden Teilnehmer aus ganz Österreich, handelt es sich doch um eine Bundesveranstaltung. Näheres können Sie

# Ausstellung Adolf Loos und Wien

Seit 15. November des Jahre 1995 läuft eine Ausstellung unter obigem Titel in der Wiener Planungswerkstatt, 1010 Wien, Friedrich-Schmidt-Platz 9. Damit zeigt sich die Stadt Wien dankbar für das, was unser sudetendeutscher Landsmann für diese Stadt geleistet hat.

Am 10. Dezember 1870 wurde Adolf Loos in Brünn geboren. 1882 besuchte er gemeinsam mit Josef Hoffmann und Hubert Gessner das Obergymnasium in Iglau. 1884/85 besuchte er das Obergymnasium in Melk mit anschließender Umschulung an die Staatsgewerbeschule Reichenberg. 1886/87 an der Bautechnischen Abteilung der Staatsgewerbeschule in Reichenberg und Maurerpraktikum in Brünn. 1888 war er wieder gemeinsam mit Josef Hoffmann in der Deutschen Staatsgewerbeschule in Brünn. Loos ist die prägenden Jugendjahre in seiner Heimat aufgewachsen und dann über Dresden, den USA, in vielen Ländern tätig gewesen. Die letzten Lebensjahre ist er häufig krank und oft auf Kuraufenthalten. Er stirbt am 23. August 1933 und wird am Kalksburger Friedhof auf Kosten der Gemeinde Wien beigesetzt und später in ein Ehrengrab auf dem Wiener Zentralfriedhof übergeführt.

Adolf Loos und Wien, ein Thema von noch immer – oder wieder – aktueller Bedeutung.

Loos war ja nicht nur Architekt mit ausgeprägtem Verständnis für Stadtplanung, sondern ein universeller Lebensreformer. Als solcher stellte er die Architektur und die Stadtplanung in den Kontext seines gesamten Weltbildes eines „Menschen mit modernen Nerven“.

Gerade heute, wo Wien einen neuen Expansionsschub erlebt, noch dazu in unberührten Gebieten ohne Siedlungsinfrastruktur, erscheint es geboten, daß sich nicht nur der Fachmann, sondern auch der Laie, also Nutzer, direkt oder indirekt Betroffene oder unbeteiligte Bewohner mit diesem Komplex befaßt.

Daß sich Loos vor dem Ersten Weltkrieg über die Anregung Camillo Sittes und dann

wieder nach dem Krieg für die Siedlerbewegung und die Gemeindebaublocks seine typisch eigenwilligen und zeitlosen Gedanken gemacht hat, ist demnach auch im Zusammenhang mit seinen Reformbestrebungen zu sehen.

Loos fühlte sich als Weltbürger und wollte Wien sein weltstädtisches Stadtbild bewahren und nicht zu einem „fünfstöckigen Mährisch-Ostrau“ werden lassen, wie er den Stubenring im Vergleich zum früheren Opernring apostrophierte.

Er teilte aber das Schicksal so vieler Kollegen: Öffentliche Großprojekte blieben Papier, seine städtebaulichen Ideen reine pädagogische Gedankenspielererei. Camillo Sitte ging es schließlich ebenso. Lediglich im Siedlungsbau, zur Linderung der Wohnungs- und Nahrungsmittelnot nach dem Weltkrieg konnte Loos seine gemeinsam mit international führenden Fachleuten entwickelten Ideen verwirklichen.

Er schuf Prototypen von Reihenhäusern, erstellte Bebauungspläne, machte Einrichtungsvorschläge und beriet die Selbstbauer bei der Durchführung und der Anlage der Gemüsegärten. Außerdem entwickelte er ein eigenes Patent zur ökonomischen Baudurchführung und war Anlaß zur Reformierung der Wiener Bauordnung, die bislang keine Erleichterungen für Siedlungsbauten kannte. Die meisten wurden also anfangs illegal errichtet.

Als sich schließlich die Wiener Wohnbaupolitik den „Superblocks“ zuwandte, war auch diese Realisierungsmöglichkeit zu Ende und die Stadt Wien war nicht bereit, seine natürlich auch für diese Bauaufgabe eigenwilligen Lösungen zu akzeptieren. Erst weit nach dem Zweiten Weltkrieg gab es zaghafte Versuche, den öffentlichen Wohnbau durch terrassige und raumplanerische Elemente spannender zu gestalten und mehr Individualität in einer Großanlage einzubringen.

Wien besitzt aber trotzdem das Glück, über

das Hauptwerk dieses längst international stark beachteten Architekten zu verfügen: neun Villen, das Wohn- und Geschäftshaus am Michaelerplatz, einige noch heute teilweise bis komplett existierende Geschäftseinrichtungen und Lokale sowie ein paar Wohnungseinrichtungen in eher fragmentarischem Erhaltungszustand.

Die meisten dieser Bauten präsentieren sich heute in restauriertem und in den Originalzustand zurückgeführten Zustand – zum Teil mit Förderung durch den Altstadterhaltungsfonds. Ein Haus wurde allerdings weitgehend zerstört, obwohl alle Loos-Bauten in Wien unter Denkmalschutz stehen.

Dies waren die Arbeiten für Auftraggeber, die ihm die wirtschaftliche Basis gaben. Sein engagiertes Herz widmete er aber immer den „Bedürftigen“, waren es arme obdachlose Kriegsversehrte gewesen, mittellose Jungvermählte, Avantgarde-Künstler, die am Verhungern waren oder den Kindern von Familien, die sich eine gute Schulbildung nicht leisten konnten. Gerade aus diesen Gründen ist die vorliegende Ausstellung Wien und den Bewohnern dieser Stadt gewidmet.

Adolf Loos' Wirken nur auf Wien zu beschränken, wie das in der Ausstellung der Planungswerkstatt vorgenommen wurde, hat mehrere Gründe. Einer war die Absicht der Magistratsabteilung 18 als Aussteller, die städtebaulichen Arbeiten für Wien zu präsentieren. Eine andere, eine umfassendere Darstellung auch mit seinen Monumentalbauentwürfen, dem Wohnungs- und Siedlungsbau, einem Zeitspiegel seines Wirkens, mit Schriften und seinen reformatorischen Bemühungen, einfach wieder einmal Adolf Loos den Wienern näherzubringen. Adolf Loos nicht als historische Figur zu verdrängen, sondern sich seiner Aktualität bewußt zu werden, ist heute notwendig geworden. Das ist an vielen Wiener Häusern zu sehen. Das zu vermitteln, braucht den interessierten, mündigen Wiener. „Was

war – was er wollte – was geworden ist – was werden hätte können!“, das ist das Thema. Die beengte Ausstellungsfläche, die nur zweimonatige Vorbereitungszeit, die beschränkten Mitteln, aber auch die Überzeugung, daß Adolf Loos mit Skizzen, Plänen, Schriften und Modellen am unmittelbarsten zu erfahren ist, hat das Ausstellungskonzept und die Ausstellungsgestaltung bestimmt.

Daher wurde aus dem Fundus der großen Adolf-Loos-Ausstellung 1992 das Material ausgesucht. Ein Vollständigkeitsanspruch war von vornherein ausgeschlossen. „Originalzeichnungen“ können leider nur als Kopien gezeigt werden, die Auswahl aus dem umfangreichen Nachlaß mußte auf das Notwendigste beschränkt werden. Eine „Stadtwanderung“, ähnlich den von Adolf Loos durchgeführten Wohnungswanderungen, wird empfohlen.

Der „Stadtregulierungsplan“ des Jahres 1912/13 auf der Basis des Bestandes von 1859, ist für jeden am Stadt-Organismus von Wien interessierten Wiener eine städtebauliche und architektonische Entdeckungsreise, die begleitet wird von Entwurfsskizzen, Modellen, Fotos, Film und einem Plan mit den Standorten der Gebäude, Umbauten, Geschäfte, Einrichtungen und ihre Adressen. Weder Zeit noch Geld hat für eine Broschüre gereicht. So werden Text- und Planblätter aufgelegt, die eine weitere, selbständige Begegnung mit dem Werk von Adolf Loos ermöglichen sollen. Wenn das gelingt, ist die Ausstellungsabsicht erfüllt.

**Die Loos-Ausstellung ist noch bis zum 2. Februar dieses Jahres von Montag bis Freitag von 9 bis 16 Uhr, Donnerstag von 9 bis 19 Uhr geöffnet. Wir empfehlen den „Sudetenpost-Lesern“ den Besuch dieser Ausstellung in 1010 Wien, Friedrich-Schmidt-Platz 9.** Gerhard Zeihsel

# Deutscher Chefdirigent in Prag wurde Opfer des politischen Klimas

Der tschechische Kulturminister Pavel Tigrid hat dem Chefdirigenten der Tschechischen Philharmonie (CF), dem Deutschen Gerd Albrecht, die künstlerischen Kompetenzen entzogen und diese auf CF-Generaldirektor Jiri Kovar übertragen. Wie der stellvertretende Kulturminister Jaromir Talir sagte, sieht eine am 15. Jänner in Kraft getretene Änderung des Statuts des staatlichen Orchesters diese Regelung vor. Albrecht wurde damit ein Opfer des politischen Klimas in Tschechien. Da Albrecht, dessen Vertrag bis 1998 läuft, formell Chefdirigent bleibt, wurde auch Kulturminister Tigrid zur Zielscheibe von Attacken der Opposition und Teilen der Regierungsparteien: Sie werfen dem Minister ein halbherziges Vorgehen gegen Albrecht vor.

Die Philharmoniker hatten Albrecht im Oktober 1991 als ersten Ausländer in der Geschichte des 100jährigen Orchesters zum Chefdirigenten gewählt. Eine gezielte Kampagne gegen den Deutschen an der Spitze des als „nationales Heiligtum“ geltenden Orchesters war umgehend nach dem Antritt Albrechts in Prag im Jahre 1993 angelaufen und zwischenzeitlich von den Medien des Landes durch immer neue Vorwürfe an seine Adresse geschürt worden. Die Anschuldigungen, die unter anderem angeblich überhöhte Honorareinnahmen betrafen, hatten sich im nachhinein als falsch erwiesen. Albrecht hat in Prag tausenden Kindern gratis die Teilnahme an den Generalproben der Tschechischen Philharmonie gewährt und talentierten jungen

Musikern Auftritte ermöglicht. Zudem hat er den Austausch tschechischer und deutscher Kindergruppen organisiert, damit die junge Generation die zwischen beiden Völkern aus der Vergangenheit herrührenden Vorurteile abbauen kann. Dafür sei Albrecht nie ein Wort des Dankes oder der Anerkennung zuteil geworden, sagte eine dem Orchester nahestehende Person.

Während sich die in der Union der Orchestermitglieder zusammengeschlossene Mehrheit der 114 CF-Musiker in einem Schreiben hinter ihren künstlerischen Leiter stellten, kritisierten sowohl oppositionelle als auch zur Regierungskoalition gehörende Parteien das Vorgehen von Kulturminister Pavel Tigrid, weil dieser Albrecht zwar sein Mißtrauen ausgesprochen habe, den Chefdirigenten aber weiter auf seinem Posten gelassen habe.

Der Fall Albrecht wurde auch schon auf höchster politischer Ebene diskutiert: Der tschechische Staatspräsident Václav Havel soll mit seinem deutschen Kollegen Roman Herzog über die Situation um den in Prag umstrittenen deutschen Chefdirigenten der Tschechischen Philharmonie, Gerd Albrecht, gesprochen haben. Herzog habe Havel aufgefordert, sich öffentlich zu der Krise um Albrecht zu äußern, berichtete das Tschechische Fernsehen aus Paris vom Rande der Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen Präsidenten Francois Mitterrand.

Wenige Tage darauf hat sich Präsident Havel erstmals öffentlich zu der Krise der Tschechischen Philharmonie in Prag geäußert. Seiner Ansicht nach sei dafür Chefdirigent Albrecht selbst verantwortlich. Havel sagte in einem Gespräch mit dem in Berlin erscheinenden „Tagesspiegel“, das Orchester sei im Laufe der Ära Albrechts in einen Zustand des Zerfalls geraten. „Mit Albrechts Deutschland hat es allerdings absolut nichts zu tun“, meinte der Politiker und Autor. Zur Kritik an Albrecht wäre es Havel zufolge auch gekommen, „wenn er ein Tscheche, Slowake oder Ameri-

schließlich künstlerischer Art politisiert“ worden seien. „Das ist nicht unsere Schuld“.

„Ich weiß von keinem einzigen Tschechen, den es stören würde, daß Dirigent Albrecht ein Deutscher ist“, betonte Havel. Auch einige Musiker der Tschechischen Philharmonie sind der Meinung, daß die angeblich mittelmäßigen künstlerischen Leistungen Albrechts an der Krise des Orchesters schuld sind. In einem von der tschechischen Nachrichtengeneratur CTK veröffentlichten Schreiben des Gewerkschaftsklubs heißt es, an die Spitze eines erstklassigen Orchesters, für das sich die Philharmonie halte, gehöre ein erstklassiger und kein durchschnittlicher Dirigent. „Obwohl viele von uns Albrecht gewählt haben, zeigte sich nachfolgend sein wirkliches künstlerisches Niveau. Wir sind keine Nationalisten, diese Beschuldigung wäre billig und falsch und würde die wirklichen Fakten verschleiern“, heißt es in dem aus Spanien übermittelten Schreiben vom Sonntagabend. Dem Gewerkschaftsklub gehören rund 40 Musiker an. Dagegen hatte sich die in der Union der Orchestermitglieder vereinte Mehrheit der insgesamt 114 Philharmoniker am Samstag hinter ihren Chef gestellt und gegen die laufende Medienkampagne protestiert, die das künstlerische Renommee Albrechts und der Tschechischen Philharmonie schädige.

In Hamburg gilt Albrecht, der dort Generalmusikdirektor der Staatsoper ist, als hervorragender Künstler. Auch an früheren Wirkungsstätten des 60jährigen Dirigenten wurde seine Leistung nicht angezweifelt. Die angesehene tschechische Wochenzeitschrift „Respekt“ schrieb, ernstzunehmende Kritiker seien sich einig, daß das musikalische Niveau unter der Leitung Albrechts eindeutig nicht gesunken sei. Zudem habe der Chefdirigent neue dramaturgische Impulse in das Prager Rudolfinum, wo das Orchester spielt, getragen. „Als Ergebnis des ganzen Falls bleibt die Tatsache, daß die tschechische Gesellschaft nach sechs Jahren der Freiheit keinen Ausländer

## Ball der Sudetendeutschen am 26. Jänner in Wien

Am kommenden Freitag, dem 26. Jänner, findet das alljährliche große gesellschaftliche und doch familiäre Ereignis, der Ball der Sudetendeutschen und all unserer Freunde – diesmal „Faschingsfest“ genannt, statt! Es ist die große Bundesveranstaltung der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich.

Dazu dürfen wir Sie, liebe Landsleute und Freunde aus ganz Österreich, recht herzlich einladen und wir freuen uns schon jetzt, auch Sie und Ihre Angehörigen sowie vor allem auch die junge und mittlere Generation zu begrüßen! Natürlich sind auch Ihre Freunde und Bekannten gern gesehene Gäste.

Das Faschingsfest (Ball) findet heuer im Großen Festsaal des Hauses der Begegnung, Rudolfsheim, Wien 15., Schwendergasse 41 (nächst der Mariahilferstraße und der Remise) statt. Beginn ist um 20 Uhr (Einlaß ab 19 Uhr), Ende 2 Uhr.

bei uns sehr beliebte „Free Time Band“ und das Restaurant empfiehlt sich mit sehr guten Speisen und gepflegten Getränken zu bürgerlichen Preisen!

Die Ballkarten kosten für Erwachsene S 180.–, Schüler, Studenten und Präsenzdienner (mit Ausweis) bezahlen S 100.–.

Sie erhalten die Eintrittskarten noch bis Freitag, dem 26. Jänner (jeweils von 9.30 bis 11.30 Uhr) in der Bundesgeschäftsstelle der SLÖ, in Wien 1, Hegelgasse 19/4 (Telefon 512 29 62) sowie bei den Heimatgruppen und natürlich bei der Abendkasse.

Kommen auch Sie und feiern Sie mit uns im gepflegten Rahmen Fasching, wir erwarten auch Sie auf unserem großen Ball!!!

Aus gegebenem Anlaß noch eine Anmerkung:

Unser Faschingsfest – Ball der Sudetendeutschen – ist ein sogenannter „Schwarz-Weiß-Ball“ und kein Masken-

## Änderungen im Sozialversicherungsbereich ab Jänner 1996

### Rezeptgebühr

Die Rezeptgebühr beträgt S 35.-

### Befreiung von der Rezeptgebühr:

- Bei Medikamenten gegen anzeigepflichtige übertragbare Krankheiten
- für Ausgleichszulagenbezieher

Auf Antrag, wenn infolge von Leiden oder Gebrechen überdurchschnittliche Ausgaben nachgewiesen werden und die monatlichen Nettoeinkünfte folgende Beträge nicht erreichen:

- für Alleinstehende: S 9.070.-
  - für Ehepaare: S 12.941.-
  - für Ehepaar mit 1 Kind: S 13.781.-
  - für Ehepaare mit 2 Kindern: S 14.621.-
- pro weiterem Kind sind S 840.- hinzuzurechnen.

### Heilbehelfe

Der Kostenanteil des Versicherten für Heilbehelfe (z. B. Brillen, orthopädische Schuheinlagen etc.) beträgt ab 1. Jänner 1996 S 259.-

### Karenzurlaubsgeld

pro Tag: S 185.50.-  
pro Monat: S 5.565.- (bei 30 Tagen)

### Höchstbeitragsgrundlage

(die Grundlage, bis zu der SV-Beiträge zu entrichten sind): In allen Zweigen der Sozialversicherung: S 39.000.-

Die Höchstbeitragsgrundlage für Sonderzahlungen (pro Jahr): S 78.000.-

### Höchster monatlicher Sozialversicherungsbeitrag:

Arbeiter: S 7.098.- (18,2 %)  
Angestellte: S 6.883.50 (17,65 %)

### Versicherungspflichtgrenze:

(Geringfügigkeitsgrenze): monatlich S 3.600.-, wöchentlich S 827.-, täglich S 276.-. Personen, deren monatliches Bruttoentgelt diesen Betrag nicht übersteigt, sind nur in der Unfallversicherung teilversichert

### Zulässiges Erwerbseinkommen für Bezieher einer vorzeitigen Alterspension:

Bei langer Versicherungsdauer, einer vorzeitigen Alterspension bei Arbeitslosigkeit, einer vorzeitigen Alterspension wegen geminderter Arbeitsfähigkeit, Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Sonderunterstützung, Karenzurlaubsgeld: monatlich S 3.600.-

### Pensionsversicherung

Pensionserhöhung ab 1. Jänner 1996 für alle Pensionen: **2,3 Prozent**. Seit 1. Juli 1993 hängt die Pensionshöhe nicht nur von der Bemessungsgrundlage und der Zahl der erworbenen Versicherungsmonate ab. Auch das Pensionsanfallsalter wirkt sich darauf aus. Wird die Pension erst nach Vollendung des 60. Lebensjahres (von Frauen nach Vollendung des 55. Lebensjahres) in Anspruch genommen, gebührt ein höherer Prozentsatz.

### Ausgleichszulagenrichtsätze

für Alleinstehende: S 7.887.-  
für Ehepaare: S 11.253.-  
Erhöhung für jedes Kind: S 840.-

### für Waisenspensionen:

Waisenspensionen bis zur Vollendung des

### 24. Lebensjahres:

- Halbwaisen: S 2.945.-
- Vollwaisen: S 4.423.-

### Waisenspensionen ab Vollendung des 24. Lebensjahres:

- Halbwaisen: S 5.233.-
- Vollwaisen: S 7.887.-

### Höchstbemessungsgrundlage in der Pensionsversicherung:

S 34.466.-  
Höchstpension: brutto S 27.572.80  
(netto S 20.933.30)

### Pensionserhöhung für Kindererziehungsmonate:

ab dem 55. Lebensjahr pro Jahr S 118.79 (für 4 Jahre S 475.16), ab dem 60. Lebensjahr pro Jahr S 131.99 (für vier Jahre S 527,96)

### Bemessungsgrundlage für Kindererziehungsmonate:

S 6.252.-

### Wert der vollen freien Station: S 2.700.-

### Freiwillige Weiterversicherung in der Pensionsversicherung:

Höchstbeitrag: S 10.374.-  
(Beitragsgrundlage S 45.500.-)  
Mindestbeitrag: S 1.504.80.-  
(Mindestbeitragsgrundlage S 6.600)

### Beitragsgrundlage für Pflichtversicherte ohne Entgelt:

S 6.780.-

### Einkaufskosten für Schulzeiten pro einzukaufendem Monat:

für Hochschulmonate: S 4.446.-  
für andere Schulmonate: S 2.223.-

### Selbstversicherung in der Krankenversicherung:

Monatsbeitrag grundsätzlich: S 3.100.80.-  
(Beitragsgrundlage S 45.600.-)  
Mindestbeitrag: S 448,80.-  
(Mindestbeitragsgrundlage S 6.600.-)  
Monatsbeitrag für Studenten: S 224,40.-

### Höchstes tägliches Krankengeld:

bis zum 42. Tag der Arbeitsunfähigkeit: brutto S 758,34, netto S 642,11  
ab dem 43. Tag der Arbeitsunfähigkeit: brutto S 910.-, netto S 760,40

### Fahrtkostenbeihilfe (Schülerbeihilfegesetz)

Beziehern einer Heimbeihilfe wird eine einmalige Fahrtkostenbeihilfe von S 1.000.- im Schuljahr zuerkannt. Eine Differenzierung nach Entfernung ist nicht mehr vorgesehen. Die Fahrtkostenbeihilfe wird erstmals für das Schuljahr 1995/96 wirksam.

### Urlaubsanspruch bei längerer Erkrankung:

Im Falle längerer Erkrankung kann der Urlaubsanspruch des Arbeitnehmers nicht gekürzt werden.

Diese Änderung wurde mit 1. 12. 1995 wirksam und erfaßt rückwirkend auch das Urlaubsjahr 1994. Wurde in der Vergangenheit der Anspruch des Arbeitnehmers gekürzt, kann der vollständige Urlaubsanspruch respektive die volle Entschädigung geltend gemacht werden.

## 30. Bundesschimeisterschaften am 24. und 25. Februar

Gleich voraus: Jedermann, gleich welchen Alters – egal, ob Mitglied der SDJÖ oder der SLÖ oder nicht – aus ganz Österreich, kann an diesen Schimeisterschaften teilnehmen. Also alle jungen Freunde, die mittlere und jüngere Generation, ebenso auch die älteren Schifahrbegeisterten aus allen Bundesländern – auch Eure Freunde und Bekannten – sind zur Teilnahme recht herzlich eingeladen!

Ort: Lackenhof am Ötscher in Niederösterreich.

Unterbringung: Gasthof Pöllinger in Langau (zirka 3 km vor Lackenhof); Bett mit Frühstück S 250.-, mit Dusche S 280.-. Es gibt auch Übernachtungsmöglichkeit für junge Leute im geheizten Extrazimmer (Schlafzeug – Luftmatratze, Liege, Schlafsack, Decken – sind selbst mitzubringen), Kosten S 20.-. Bitte selbst keine Zimmerbestellungen vornehmen – diese nur über die SDJÖ durchführen!

Programm: Samstag, 24. 2.: Ganztägig Trainingsmöglichkeit in Lackenhof; 16.15 Uhr: Treffpunkt in der Pension Schischule Mandl (Ötscherblick) in Lackenhof; ab 18 Uhr: Start-

nummernverlosung mit anschließende mütlichem Beisammensein im Gasthof ger in Langau. Sonntag, 25. 2.: 9.15 U sentorlauf in allen Klassen (von der Kin zur Seniorenklasse für Mädchen und F Burschen und Herren, sowie in zwei klassen) am Fuchsenwald, anschließer ger Er-und-Sie-Lauf sowie Siegerehrun Mandl (Schischule – Gasthof Ötscher Lackenhof.

Startgeld: Kinder bis 10 Jahre S 40 übrigen Teilnehmer S 70.- (jeder Teil erhält eine Urkunde. Fahrtkosten wer S 90.- für SDJÖ-Mitglieder ersetzt! Se Anmeldungen mit Angabe des Übe tungswunsches sowie des Alters bis stens 10. Februar an die Sudetende Jugend, Kreuzgasse 77/14, 1180 Wier ten (eventuell mit telefonischer Erreichb

Ein wichtiger Hinweis: Der Verein über keinerlei Haftung für Unfälle oder ähr Die Teilnahme erfolgt freiwillig und auf Gefahr. Der Abschluß einer Freizeitunfa cherung wird empfohlen.

## Dringend Gasteltern für Kinder aus Siebenbürgen gesucht!

Nochmals müssen wir auf diese Aktion hinweisen, denn es hat sich aus dem Raum Niederösterreich, Wien bzw. Oberösterreich nur eine einzige Familie gemeldet (und diese hat überhaupt keine Beziehungen abstammungsmäßiger oder verwandtschaftlicher Art zu den Sudetendeutschen), die zwei Kinder aufnehmen werden.

Aus der großen sudetendeutschen Leserfamilie hat sich – leider – noch niemand dazu bereit gefunden, an dieser sozialen Aktion mitzuwirken. Eigentlich sind wir darüber mehr als enttäuscht, umso mehr, als sich die jungen Leute aus Siebenbürgen schon jetzt auf diesen Ferienaufenthalt in Österreich freuen. Zumeist wird es vielleicht der erste und einzige Auslandsaufenthalt für viele Jahre sein, gerade darum bedarf es Ihrer Hilfe. Nehmen Sie sich daher dringend dieser Aktion an – wir brauchen die Gast-Plätze ganz unbedingt. Die Zeit läuft uns fast schon davon und wir hatten uns gedacht, daß es sehr einfach sein wird, hier Gasteltern zu finden. Darum nochmals unser Aufruf an Sie:

Seit nunmehr drei Jahren kommen aus Kronstadt – der östlichsten Siedlung der Siebenbürger Sachsen – fünf Kinder und eine erwachsene Begleitperson als Gäste der Sudetendeutschen Jugend Österreichs zum Sommerlager nach Österreich. Im Anschluß an diese Sommerlager waren diese Altösterreicher in Wien, Kärnten und Oberösterreich für eine Woche bei siebenbürgischen Familien aufgenommen. Dies war für die Kinder, aber auch für die Gasteltern, ein besonderes Erlebnis. Man hat den Kindern ein wenig vom jeweiligen Bundesland gezeigt und diesen ein wenig auch unsere derzeitige Lebensweise nahegebracht. Zumeist waren die Kinder samt Begleitperson (diese ist ja für den langen Bahntransport notwendig) an einem Ort untergebracht. Gasteltern wurden immer sehr rasch gefunden.

Nun – auch heuer, im Jahr 1996, wollen wir diese Aktion für diese Menschen durchführen. Die fünf Kinder samt Begleitperson sind vom 13. bis 20. Juli 1996 Gäste am Sommerlager in Oberndorf an der Melk (nächst Wieselburg / Purgstall). Vom 20. Juli (ca. Mittag) bis Samstag, dem 27. Juli (bis Mittag) suchen wir für diese fünf Kinder und die Begleitperson Gasteltern aus den Reihen der Sudetendeutschen, vor allem im Raum Niederösterreich, Wien bzw. Oberösterreich. Dazu ist zu bemerken, daß bisher die Begleitperson immer mit ihrem Sohn dabei war (immer eine andere Begleitperson!) und diese zu zweit untergebracht wurden. Die übrigen vier Kinder waren entweder bei Einzelfamilien oder zu zweit untergebracht.

Diesmal sprechen wir Sie, werte sudetendeutsche Landeute an (die kleine

nahm die Kinder bei der ersten Akt bereits auf) und wir ersuchen Sie, die K der aufzunehmen. Günstig wäre halt, we auch Kinder vorhanden wären, damit Ki takte geknüpft werden können. Übrige Die Kinder aus Siebenbürgen sind z schen 11 und 15 Jahre alt, die Begleitp son um die 40 Jahre – und alle sprech hervorragend Deutsch !!!

Es wäre natürlich ganz super, sollte möglich sein, diese Gruppe in einer eir gen Stadt oder in einem einzigen D unterzubringen – denn dann könnten Gasteltern einen gemeinsamen Abe organisieren (z. B. den Abschlußaben Aber es geht auch, wenn die Kinder v schiedentlich untergebracht werden kö nen.

Die sechs Teilnehmer werden von t selbstverständlich unfall- und krankenv sichert für die gesamte Dauer des Aufe haltes! Fahrtspesen fallen für die Gast tern je nach Lage des Gastortes nur se wenig an (man müßte vielleicht die Kinc in Oberndorf / Melk oder auf der Fat strecke nach Wien oder in Wien abhole Aber das entscheidet sich erst dann, we die Gasteltern feststehen. Die Kinder mi sen nur untergebracht und gepflegt w den, Reisekosten von Kronstadt na Wien und zurück werden von uns get gen.

Da wir aufgrund des herrschenden Bü kratismus in Rumänien (aber leider auch Österreich) so bald als möglich wiss müssen, ob Gasteltern zur Aufnahre bereit sind, dürfen wir Sie, liebe Landsle te, recht herzlich ersuchen, uns Ihr Intere se und Ihre Bereitschaft zur Aufnahme eine Woche so rasch als möglich bekan zugeben.

Geben Sie bitte an: wieviele Kinc könnten Sie aufnehmen; könnten Sie c Begleitperson samt Sohn oder Tochter a nehmen; haben Sie im Haus Kinder (we ja – in welchem Alter); haben Sie ein Fal zeug? Geben Sie bitte auch eine telefo sche Erreichbarkeit an, damit wir u gleich mit Ihnen ins Einvernehmen setz können.

Natürlich werden wir eine entspreche de Auswahl der Gasteltern treffen, sollt sich viele Landsleute an dieser Akti beteiligen wollen – was wir wirklich hoffe

Richten Sie Ihr Interesse bzw. Ihre E reitschaft bitte nur schriftlich an Hub Rogelböck, Hietzinger Hauptstraße 1 140 A/1/4, 1130 Wien!

Helfen wir doch diesen armen Me schen, indem wir ihnen neben der ein bestimmt sehr schönen Woche am So merlager noch eine weitere Woche Aufe halt schenken!

Schon jetzt sagen wir herzlichen Da für Ihre werte Mithilfe bei dieser sozial

## Tschechische Protestanten baten um Vergebung

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat der Evangelischen Kirche der Böhmisches Brüder in Tschechien (EKBB) für ihre Initiative zu einer Versöhnung mit den Sude tendenteutschen gedankt. Die tschechischen Protestanten hatten in einer Erklärung Ende November die nach 1945 vertriebenen Sude tendenteutschen um Vergebung gebeten. Die

ist mit über 200.000 Mitgliedern die größte protestantische Gemeinschaft in Tschechien.

Engelhardt bat seinerseits um Vergebung für „Gewalt, Verwüstung und Leid, die das NS-Regime über ihr Land und Volk brachte“. In keiner Weise könnten so aber die Verbrenen aufgerechnet und erst recht nicht entschuldigt werden, die im deutschen Namen



## Loch in der Logik

Der von tschechischen Stellen stets gelobte Historiker Prof. Dr. Ferdinand Seibt, Leiter des Collegium Carolinum, erklärte fürsorglich – laut Prager Tageszeitung „Pravo“ –, daß nicht, wie von den Sudetendeutschen (und der Bundesregierung Deutschland: „Dokumentation der Vertreibung“ 1957) behauptet, eine Viertelmillion, sondern „nur“ 40.000 Menschen bei der Vertreibung ums Leben gekommen seien. Diese Falschzahl, sagt Seibt, wäre durch ein „Loch in der Statistik“ entstanden, denn in die damalige sowjetische Besatzungszone seien nicht die zugrundegelegten 800.000 Sudetendeutschen vertrieben worden, sondern – weiß Seibt von den Tschechen –, eine Million! Und schwupps, waren die fehlenden 200.000 da. Nun, die Behauptung von der Million mag sogar stimmen; nur, ein wichtiger Teil der heimatlosen und mit sehr leichtem 30-kg-Gepäck ausgestatteten Sudetendeutschen blieb nicht im sowjetischen Machtbereich, sondern zog nach dem Westen weiter (bis zum Mauerbau am 13. August 1961). Es waren damals nicht zuletzt die Sudetendeutschen, die sich durch die Abstimmung mit den „Füßen“ gegen den Sozialismus entschieden. Die Rechenkunststücke á la Seibt zur Verbrechensminimierung wurden mit Blick auf die jüngere Vergangenheit zu Recht als unmoralisch verworfen. Diskutabel bleibt dagegen das Problem, wie sich ein „Loch in der Statistik“ von einem Loch in der Logik unterscheidet und erst gar von einem Loch in der Moral.

Rudolf Pietsch-Niedermühl,  
82152 Krailling.

## Als Böhmen noch bei Österreich war...

In der guten alten Zeit, die es sicher nicht gab, aber die doch schön war, weil wir damals noch Kinder waren. Damals schon hat sich das spätere sudetendeutsche Schicksal abgezeichnet. Die deutschen Abgeordneten der böhmischen Länder im Wiener Parlament hatten heftige Auseinandersetzungen mit ihren tschechischen Kollegen, die ja dort auch vertreten waren. Sie wiesen auf die Gefahr des Panlawismus hin, der in Böhmen, besonders bei der „Jungtschechischen Partei“, viele Anhänger hatte. Das Ziel dieser Bewegung war die Vereinigung aller slawischen Länder und Nationen unter Führung Rußlands. Am Slawenkongreß in Prag, im Jahre 1908, verkündete der Wortführer dieser Bewegung (Zitat): „Der Haß gegen die Deutschen ist die richtige Voraussetzung der Einheit und Verständigung der Slawen untereinander.“ Diese Gesinnung hat auch der spätere Staatspräsident Beneš bis zu seinem Lebensende immer getragen. Diese Warnungen der sudetendeutschen Abgeordneten im Wiener Parlament fanden jedoch keine Beachtung. Der gutmütige Kaiser Franz Josef, dem die Tschechen den Spottnamen „Prohazka“ gaben, sagte nur: „Laßt mir meine Böhmen in Ruh“. So konnten die Gegner der Monarchie ihre Ziele leicht verwirklichen. Der Erste Weltkrieg kam ihnen gelegen, die Tschechen

# Tribüne der Meinungen

waren auf seiten der Serben und Russen. Tschechische Politiker gingen ins feindliche Ausland und schufen dort die Voraussetzungen zur Gründung eines tschechischen Staates. Am Ende des Krieges, am 28. Oktober 1918, hatten sie ihr Ziel erreicht, die CSR wurde von den Siegermächten anerkannt, ein Staat mit über fünfzig Prozent unliebsamer deutscher Bevölkerung. Amtliche Statistik: 43 Prozent Tschechen, 23 Prozent Deutsche, 22 Prozent Slowaken, 5 Prozent Magyaren, 4 Prozent Juden, 3 Prozent Ukrainer und Polen. Die Jungtschechen-Partei, die sich als nationale chauvinistische Bewegung entwickelt hatte und jetzt als tschechische nationalsozialistische Partei in der CSR weiterbestand, hatte großen Einfluß auf das politische Leben im Staate. Auch der Politiker und spätere Staatspräsident Beneš bekannte sich zu dieser Partei. So konnte eine Verständigung zwischen Deutschen und Tschechen im Beneš-Staat niemals zustande kommen. Dieser chauvinistische Ungeist war im politischen Leben immer vorhanden und wurde immer von nationalen Agitatoren geschürt. Einige Sätze aus der tschechischen Wochenzeitung „Zlata Praha“ (= Goldenes Prag), Juni 1920, seien hier wiedergegeben. Wörtliche Übersetzung: „Auch heute herrschen wieder die Deutschen, denn sie sind überall. In den Duft der Parkanlagen und in den Gesang der Vögel dringt ihre ekelhafte Sprache... Echte, tapfere Sokoln, die Ihr euch ein reines Herz bewahrt habt, nehmt die Knute in die Hand und peitscht dieses fremde Geschmeiß aus Prag, treibt es weit über die Grenze, das tschechische Volk wird Euch dankbar sein. Die bloße Anwesenheit der Deutschen beschmutzt unser goldenes Prag.“ Diese Aussprüche zeigen das wahre Bild jener Zeit, die damals schon voller Haß gegen deutsche Mitbürger war.

Thomas Steffal, 73773 Aichwald

## 1996 zäher Selbstbehauptungswille erforderlich

Nun haben wir das Jahr 1995 hinter uns gebracht, das Jahr mit unzähligen Gedenkfeiern, im Erinnerung an die Untaten des NS-Regimes während des Zweiten Weltkrieges und im Mahnen, weiter Reue zu zeigen und auch heute noch für Wiedergutmachungsleistungen Opfer zu erbringen. Wir Nachkriegsvertriebene haben nichts gegen Gedenken und Erinnerung, müssen jedoch die Frage stellen: Wer gedachte und erinnerte, offiziellerseits, an unser erlittenes Schicksal? Wer gedachte der tausenden Folterungen, der hunderttausenden Morde, der über eine Millionen zu jahrelanger Zwangsarbeit Verschleppten, der Millionen ihrer Habe und ihres Guts beraubten ost- und sudetendeutschen Heimatvertriebenen? Wenn nicht wir Betroffenen selber,

offizielle Stellen dies- und jenseits der Grenze taten es nicht. Man sollte glauben, Opfer sind Opfer, ob im Krieg oder nach dem Krieg zu Tode oder zu Schaden gekommen. Wo bleibt die monumentale Gedenkstätte, im Gedenken und Erinnern an die Opfer der Vertreibung 1945/46? Zu Versöhnung und Befriedung gehört eben auch die Gleichbehandlung von Opfern und Tätern über Regionen und Grenzen hinweg. Seit Monaten feilscht man im deutsch-tschechischen Zueinander an einer Erklärung, die textlich so abgefaßt sein soll, daß in beider Beziehungen keine ernsthaften Probleme mehr bestünden. Natürlich, auch betreffend, daß die Sudetenfrage in Zukunft keine Rolle mehr spielen soll. Je mehr sich in den landsmannschaftlichen Gliederungen Widerstand gegen diesen Kurs des Schlußstrichziehens rührt, umso aggressiver flackert die Verteufelungskampagne „Revanchismus“, einiger Medien des In- und Auslandes, gegen die Vertriebenenorganisationen wieder auf. Nicht selten erscheint da in Großlettern „Sudetendeutsche gegen Ausgleich und Versöhnung“. Man bezichtigt uns als Störenfried. Daß die Tschechen die Vertreibung der Sudetendeutschen als „verbrecherisch-völkerrechtswidriges Unrecht“ nicht einsehen und eingestehen wollen, darüber gibt es keine Schlagzeilen. Auf Grund der Geschehnisse in Ex-Jugoslawien sollte ein solches Eingeständnis für die ČR Voraussetzung sein, damit sie überhaupt Mitglied einer weltweiten, humanen Solidargemeinschaft angehören kann. Meinen wir. Aber wen kümmert schon unsere Meinung? Neuerdings kommt noch, zum Teil auch aus den eigenen Reihen, Intoleranz hinzu, gegen Rechtswahrer und Verteidiger unserer Position.

Die Schlußstrichzieher befinden sich im Vormarsch. Uns entgegenzustellen wird bedingen, daß wir das Jahr 1996 mit unserem zähen Selbstbehauptungswillen werden meistern müssen. Um Recht und Gerechtigkeit kann gebetet, aber mehr noch darum muß gestritten werden!

Bert Sidl, Wien

## Unbesonnenheit

In Folge 24/95, erschien in der „Sudetenpost“, unter „Tribüne der Meinungen“, mit betitelter Überschrift: „Festredner am Katzentisch“, ein kurioser Beitrag, der viele Mutmaßungen enthielt, jedoch kein Wörtchen Wahrheit. Hier wird vermutet, der Hauptredner des Heimattreffens in Klosterneuburg, Herr Dir. Horst Rudolf Übelacker, sei mit Absicht an einen Nebentisch plaziert worden. (Der Artikelschreiber bezeichnete die mit Ehrentisch gezeichnete Sitzreihe als „Katzentisch“.) Da der Unterzeichner dieser Lesermeinung eine uns bekannte ehrenwerte Person im Umgang mit anderen Menschen ist, wollen wir ihm anraten, sich nicht visionär von Einflüsterern beeinflussen zu lassen. Auf Hörensagen Unmut

unter den Landsleuten zu schädeln dazu, wenn es sich um Unwahrheit – ist ein unbesonnener Akt, unterblieben wäre.

Albert Schmidl / Johanna von Willfried Innitzer, C  
SLÖ-Landesverbandes Wien,

## Bewegt es sich nun?

Zum Interview Maurer/Neut zwei Jahren hat der Geschäfts SL, Dr. Horst Löffler, in der Zeitschrift „Dialog“ einen Artikel veröffentlicht, dessen Mittelpunkt er kühn die folgende Zitat, das man als Sinnb Aufbruch der neuen Zeit, den vom „geo- zum heliozentrischen“; das wissenschaftliche Ende deters – ansetzt: „Und sie (die Erde) doch!“ Löffler meinte den Sudetendeutsche Frage“ und Zusammenhang mit der sog „Ratsbrief-Aktion“, die die Hoff Rückkehr mit einem vorbehaltlos auf dem Boden der Tschechisch blick“ anstrebte. Alle Einwände gegen solchen „Dialog“ nicht nur als Un allem als „wirklichkeitsfremd“, damals abgelehnt bis diffamiert, z von den führenden Politikern und totgeschwiegen. Ja, die Tschechen ein derartiges Angebot nicht nur sondern konstant und brüsk a blind wurde es bis vor kurzem auscher Verbohrtheit immer wieder stesarmut stur und eintönig wieder Und nun auf einmal wird es zug „Es bewegt sich doch nichts...“. V nen kommt nun ein solcher Wandel die Entwicklung in Bosnien, h gelernt, daß man bei auf die Spitzbener „Uneinsichtigkeit“ mit Nack und Entgegenkommen nichts erreichen nur mit Entschlossenheit und Da fallen auf einmal ganz neue V der „Erkenntnis“: Durch Verhandlung 1995 „etwas zustandezubringen“ angeblich von ihm „von Anfang an sorisch“ bezeichnet. Neubauer will gesagt haben: „Ich halte das für völlig nutzlos und sinnlos.“ Etwas andere „einen Ausverkauf“ werde es bei den chischen starren Haltung nicht get sei im Gedenkjahr der Vertreibung n lungen, „der breiten Öffentlichkeit“ bewußt zu machen, daß hier vor 50 ein Völkermord passiert ist, weil Medien gegen uns haben“. Da wir Wort von der „Canossa-Republik“ der rikanischen Völkerrechtlers Alfre Zayas übernommen. Und das Ganz felt schließlich in dem hervorgehob Bekenntnis: „Wir verzichten nicht!“ das die Bilanz aus 1995 ist, dann h aber doch etwas bewegt und zwei Positiven! Oder irre ich mich hier selbst müssen uns nämlich bew sonst ändert sich gar nichts!

Dr. Harald Kindl, Pad

Leserbriefe stellen grundsätzlich persönliche Meinungen dar und müssen in der Meinung der Redaktion und des Ausgebers oder der SLÖ entsprechen

# Sommerlager: 13. bis 20. Juli 1996

In diesem Jahr sind wir wieder einmal in Niederösterreich und zwar in Oberndorf an der Melk (bei Purgstall gelegen) – wo wir schon vier Mal waren – zu Gast. Die Unterbringung erfolgt in der einzigen Bauern-Jugendherberge in Unterhub, wo uns sehr schöne Zimmer für die Mädchen und eine große Wiese zum Zelten (in modernen Zelten) für die Burschen sowie ein großer Aufenthaltsraum zur Verfügung stehen! Eine Spielwiese lädt zum Spielen ein, ebenso ist auch ein Lagerfeuerplatz vorhanden. Ebenso kann man Sport betreiben und wir fahren auch in ein nahe Freibad. Es ist auch wieder ein Busausflug geplant und natürlich auch ein interessantes Geländespiel mit Rätselwanderung.

Wir befinden uns dort in einer der schönsten Gegenden des Voralpenlandes und das Haus steht uns ganz allein zur Verfügung. Wir wer-

den bestimmt eine herrliche Woche bei Wandern, Sport und Spiel, Baden, ernsteren Dingen, Volkstanzen, Basteln, Lagerolympiade, Super-Zehnkampf, Grillabend usw. in einer netten und frohen Gemeinschaft erleben.

Teilnehmen können natürlich Kinder und junge Leute aus ganz Österreich: Mädchen und Burschen im Alter von zirka 8 bis 15 Jahren! Und auch die Freunde der Kinder sind herzlich eingeladen und willkommen! Teilnehmen werden auch sudetendeutsche Kinder aus Böhmen / Mähren / Schlesien, karpatische Kinder aus der Zips / Slowakei und junge Siebenbürger Sachsen aus Rumänien – womit wir wieder ein internationales Lager haben werden!

Das wäre doch bestimmt auch etwas für Ihr Kind, werte Eltern, Landsleute und Freunde bzw. für Dich und Deine Freunde! Mach mit!

Du mit! Jeder kann mitmachen, so weit eben die Plätze reichen – egal ob sudetendeutscher Abstammung oder nicht. Alle Kinder und jungen Leute sind dazu herzlich eingeladen. Eine Mitgliedschaft bei der SDJÖ ist nicht unbedingt erforderlich!

Teilnehmerkreis: junge Leute – Mädchen und Burschen von zirka 8 bis 15 Jahren.

Unterbringung und Verpflegung: die Mädchen schlafen im Haus, die Burschen in modernen Zelten. Verpflegung im Haus – und diese ist wirklich sehr gut und mehr als ausreichend – bzw. auswärts (je nach Programm).

Lagerbeitrag: nur S 1750.- !!! Die Fahrtkosten werden ersetzt !!! Der genannte Betrag kann sich – falls Zuschüsse gewährt werden – noch etwas ermäßigen. Kinderreiche, finanziell und sozial schwächere Familien

Kindern) um eine Ermäßigung bei Kindern!

Rüstblatt mit all den Dingen, die man werden müssen, bzw. die Anlichkeiten usw. wird gegen Ende Mai Juni – nach Erscheinen des neuen fahrplanes der ÖBB – an die ang Teilnehmer übersandt!

Anmeldung: Wir haben nur eine genaue (das heißt beschränkte) Plätze zur Verfügung – daher bitte sofort Sudetendeutschen Jugend, 1180 Kreuzgasse 77/14, anmelden. Wir kommt, hat seinen Sommerlagerplan Nach der Anmeldung senden wir die Debestätigung sowie einen Zahlungsplan Vorauszahlung von S 750.- zu – ers der Platz gesichert. Wir freuen

# Die Sudetendeutsche Frage 1996: Alle fordern das Selbstbestimmungsrecht – und wir?

Das Jahr 1995 hat mit zwei im Mittelpunkt stehenden Ereignissen auch die Sudetendeutsche Frage in den Blickpunkt der Aktualität gerückt. Das erste war die weltweite Begehung des 50. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkrieges, wodurch automatisch an die letzten Tage des Krieges und an die damals begangenen Grausamkeiten und Verbrechen an der Bevölkerung der deutschen Ostgebiete mit Massenberaubung, Folterungen, Vergewaltigungen, Mord und Totschlag, die letzten Endes in gewaltsamen Vertreibungen gipfelten, erinnert wurde. Das zweite war die Zuspitzung im serbisch-bosnischen Konflikt mit seinen Greueln, wovon das Schlagwort von der „ethnischen Säuberung“ weltweit Abscheu und Verurteilung hervorrief und immer wieder Anlaß gab zum Vergleich mit den Methoden, wie sie in den Jahren 1944 bis 1948 an Ostpreußen, Schlesien und Sudetendeutschen „ausgeübt“ worden sind. Die nun dort erfolgten jüngsten Maßnahmen gegen dieses Unrecht müssen genau im Hinblick auf die Vertreibungen in den Ostgebieten beobachtet werden.

Das Traurige daran ist freilich, daß man dem eher im ehemaligen Jugoslawien genau so alberzig, rat- und hilflos gegenüberstand, wie den offensichtlichen Verbrechen bei uns,

## Von Harald Kindl

Über man sich zwar verbal als ein Verstoß gegen die höchsten Güter der Menschheit empfindet, aber aus einem Bündel kurzsichtiger und eigennütziger Motive, genährt vom Erbfeind der Menschheit, dem nackten Drang nach der hegemonialen egoistischen Macht, nicht entschließen kann, etwas dagegen zu tun. „Der andere darf auf keinen Fall stärker, mächtiger, größer werden als ich oder mich besitzen.“ Das ist mit allen Mitteln zu erzwingen und zu vermeiden! Und geht das nicht friedlich und auf dem Rechtsweg, dann mit Unrecht und Gewalt. Ich übertriebe? Es wären nur Auswüchse einzelner „Fehlentscheidungen“! O nein, wer derartigen Auffassungen huldigt, befindet sich in „bester Gesellschaft“. Was sagt Prof. Otto Kimminich in seiner „Einführung in das Völkerrecht“ und wie definiert er das „Klassische Völkerrecht“:

„...betrachtet erscheint das System des klassischen Völkerrechts als ‚Souveränitätschauvinismus‘ (sic!), die der freien Entfaltung der politischen und militärischen Macht keine Grenzen setzte... und im 19. Jahrhundert das Hauptmerkmal des Imperialismus hervorbrachte und nach dem anstelle der ‚Fürstensouveränität‘ die ‚Volkssouveränität‘, sprich die der Völker, getreten war.“

„...deutscher, französischer, britischer Imperialismus und Kolonialismus (dem deutschen Imperialismus nur stümperhaft und verächtlich nachgeeifert wurde) sind Ausdruck der Idee als ‚Recht‘ tanzenden ‚Weltordnung‘. Die Welt kann nicht werden, daß ehrliebe Bestrebungen vorhanden wandeln sind, dieses System abzulösen. Wir stehen uns mitten in einem gewaltigen Umbruch, der genau genommen, schon seit der russischen Revolution und der Romantik im Gange ist und noch einige Jahrzehnte, nicht Jahrhunderte, andauern wird. An dem alten ‚Legitimitätsprinzip‘, das allein den ‚Einzelstaat‘ und seine Macht gelten ließ sowohl nach innen als auch nach außen (zwischenstaatlich) das ‚Selbstbestimmungsrecht‘ – zumindest in der Theorie – zu verwerfen. Auf der Ebene der Staaten sollten die Meinungsverschiedenheiten mehr mit Mitteln der größeren Macht beseitigt und ‚gelöst‘ werden, sondern, auf den unteren Ebenen der menschlichen Gesellschaft, nach Recht und Gesetz. Die Schwierigkeit war und ist dabei nur, daß auf der Staatenebene das (Macht-) Mittel – das Gericht die Polizei – fehlte und fehlte, ohne Sprüche und Urteile „durchzusetzen“ zu verwirklichen. Zu widerhandelnde und sehen sich ohne Zwang nicht von ihrem Fehlverhalten abzugehen. Man sieht sich darüber hinweg und ignoriert (den) Vorschriften, Regeln, Vereinbarungen und Sprüche, die sie selbst aufgestellt, beschlossen und vereinbart haben, wenn sie ihren Machtansprüchen zuwider launisch sträubend, daß sie vom alten Prinzip

will, nicht lassen wollen, andererseits aber lauthals ungeniert und im Widerspruch dazu die Vorteile der neuen Ordnung für sich fordern, was klar macht, daß es sich hier um eine echte Bewußtseinschwelle der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft handelt: Sie sind unfähig, über sich (den eigenen Staat) hinauszudenken und freiwillig aus Einsicht sich der höheren Ordnung zu fügen.

Womit wir konkret werden können, weil dadurch hervorgeht, daß die Sudetendeutsche Frage nicht isoliert betrachtet werden kann.

## Die Schuld der Gegner und die eigene

Die Hauptfrage bleibt! Wie heißt es so schön: Die Vertreibungsprobleme sind noch immer „offen“ und harren einer echten gerechten Lösung. Zu deutsch: Warum kommt es dazu nicht? Wo sind die Ursachen, wo sind die Fehler? Die große Schwierigkeit besteht darin, daß ein raffiniert aufgebautes Meinungsmonopol es perfekt versteht, das so zu verschleiern, daß wir das alle gar nicht wahrnehmen. Das wird deutlich, wenn einem bewußt wird, daß mit der „Euphorie“ über die „Wiedervereinigung“ der beiden getrennten Teile Deutschlands die größte Erpressung getarnt wurde, die es in der modernen europäischen Geschichte gibt: „Wiedervereinigung gegen Verzicht auf die Ostgebiete.“ Was ist denn der „2+4-Vertrag“ anderes? Der Reibach aus schmutzigen Hehler-Geschäften nach dem Raub: Ich nehme Dir mit Gewalt zwei Sachen (Einheit und Ostgebiete) und biete Dir das „Geschäft“ an: Du kannst eine zurückhaben, wenn Du auf die andere verzichtest! Das ist kein „Rechtsgang“, sondern ein Verbrechen und wird eben im Strafgesetzbuch als Erpressung bezeichnet. Das muß klar erkannt und eindeutig beim Namen genannt werden. Was jedoch der größte Teil unserer Politiker, voran unsere drei höchsten Verfassungsorgane: Bundesregierung, Bundestag und Verfassungsgericht uns bewußt oder unbewußt als Ergebnis höchster Gerechtigkeit darstellen, oder, um unseren Außenminister zu zitieren, der dies „als unseren Beitrag zu einer besseren Ordnung Europas, der Würde, der Verantwortung, dem Selbstbestimmungsrecht (so!) und dem Friedenswillen unseres Volkes entspricht“ bezeichnet und sich beeilt, hinzuzufügen, „in eigener, freier Entscheidung, unaufgezwungen und unabgerungen“. Dazu kommen, um das verwirklichen zu können, noch zwei weitere „Kunststücke“, womit die „neue Ordnung Europas“ fundamntiert wird: a) der logische Salto „Wir hätten in freier Zustimmung Selbstbestimmung ausgeübt, indem wir auf die Selbstbestimmung in den Ostgebieten verzichtet haben,“ und b), was viel gravierender ist, daß zu dem Zweck die Verfassung gebrochen wurde. Was ein Jahr vorher noch mit dem ganzen Pathos, dessen ein deutscher Völkerrechtsprofessor fähig ist, als heiligstes Gut der westlichen Freiheit mit dem Epitheton ornans (schmückendem Beiwort) „Ewigkeitsgarantie“ (Blumenwitz) gefeiert wurde, Art. 1 (2) GG, die „unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechte“, zu welchen nach allgemeiner Auffassung das „Selbstbestimmungsrecht mit territorialem Anspruch“ zählt, wurde, obwohl eine Änderung dieses Artikels gemäß Art. 79 (2) durch den Gesetzgeber unzulässig ist, als Plunder auf den Abfallhaufen der Geschichte geworfen. Wenn Geiger und Gornig noch formale Bedenken dagegen anmeldeten, ist der schwere tödliche inhaltliche Verstoß weder oben genannten Gremien aufgefallen, noch in der Literatur irgendwo genau untersucht, geschweige gebrandmarkt oder gerügt worden. Solange aber dieser Verfassungsbruch nicht rückgängig gemacht wird, ändert und kann sich gar nichts ändern in der Frage unserer Ostgebiete, dieser entscheidenden Frage unserer Nation. Hier liegt der Schlüssel!

## Lösungsmöglichkeiten

Die Sudetendeutsche Frage gehört seit je zu den schwierigen Problemen. Was jedoch hier nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges „verbrochen“ worden ist – sowohl durch Schuld unserer Gegner, als (vor allem) auch durch eigene – macht die Lage so verworren und verfahren, daß man an einer objektiven und gerechten Lösung verzweifelt, da vor allem jede Möglichkeit dazu mit aller Gewalt und Raffinesse verbaut ist. So werden Halb-

Feigheit und Unterwürfigkeit auch vor allem von der „linksorientierten“ Seite angenommen und angepriesen. Bei aller Bereitschaft zur Versöhnung darf diese aber nicht einseitig zu unseren Lasten gehen, nicht nur weil das zu unserem Schaden wäre und gegen den Grundsatz der Gleichberechtigung verstößt, sondern eine kardinale Verfehlung im Sinne der inneren Wahrhaftigkeit wäre und dem Anfang vom Ende des Aufbaus eines neuen Europas entspräche.

## Dialog bleibt eine Illusion

Eine Rückkehr mit Annahme der tschechischen Staatsbürgerschaft ist daher ebenso eine rechtliche Unmöglichkeit, als ein unrealistischer Wunschtraum, der ohne die Zustimmung der beiden Hauptakteure, der Sudetendeutschen und der Mehrzahl des tschechischen Volkes, als das Produkt unausgeglichener Gedanken betrachtet werden muß. Alle Pläne von „Regionalisierung“, „Kantonalisierung“, „Autonomisierung“, müssen als schlechter Abklatsch dessen genau so eingestuft werden.

Tschechische Neusiedler müssen zurückkehrende Sudetendeutsche naturgemäß als ihre Feinde ansehen, die ihnen etwas wegnehmen wollen. Der alte Kontakt persönlicher Bekanntschaft zwischen beiden Bevölkerungen, wie er 1938 noch bestand, ist zerrissen und – mit wenigen Ausnahmen – einer mißtrauischen Entfremdung gewichen. Der geforderte „Dialog“ bleibt eine reine „Illusion“, wir erhalten es doch immer wieder bestätigt, die Tschechen lehnen das ab. Edmund Stoiber hält ihn unter diesen Verhältnissen für sinnlos. Die tschechische starre nationalistische Haltung, wie sie im Verhalten gegen Ungarn, Juden und der katholischen Kirche oder wie jüngst gegen Liechtenstein zum Ausdruck kommt, kennzeichnete der tschechische Rechtsanwalt Kolja Kubiček treffend so: „...daß die heute in der Tschechischen Republik Regierenden nicht in der Lage, vor allem nicht Willens sind, die unerfreuliche Lage ohne Zwang (sic!) in irgendeiner Weise zu verändern.“

So bietet sich also auch unter diesem Gesichtspunkt eine Lösung nach „vollem Selbstbestimmungsrecht mit territorialem Anspruch“ als sinnvoll an, wie ihr schon einmal zur Revision von Versailles mit Zustimmung von dessen Vätern entsprochen worden ist. Dieses hätte dazu den Vorteil, daß das Selbstbestimmungsrecht wenigstens in Theorie und Lehre existent ist, während Heimat- und Minderheitenrecht bis jetzt nicht einmal in der Theorie über die Ansätze der Planung im Völkerrecht hinausgekommen sind.

Die wahre und große Schwierigkeit dabei ist, daß dem heute weit mehr Hindernisse bei der Verwirklichung entgegenstehen, als vor dem Zweiten Weltkrieg. Das Argument: Keine „Zweite Vertreibung“ (der tschechischen Neusiedler) als „neues Unrecht“ und wegen des „Gewaltverbots“ trifft dabei rein rechtlich nicht zu und ist das geringere Problem, denn:

● Die Vertreibung der Sudetendeutschen wird gewöhnlich mit Art. XIII der Potsdamer Erklärung gerechtfertigt. Daß dies ein „Vertrag zu Lasten Dritter“ (Art. 34 WVRK), also ein ungültiger Vertrag war, ist unumstritten. Die „Wiener-Vertragsrechts-Konvention“ (WVRK), der BRD und „ČSSR 1987 verbindlich beigetreten sind, sagt in Art. 69 zu „Folgen eines ungültigen Vertrags“: Ein Vertrag, dessen Ungültigkeit aufgrund dieses Übereinkommens (WVRK) festgestellt wird, ist nichtig. Die Bestimmungen eines nichtigen Vertrags haben keine rechtliche Gültigkeit. Sind jedoch, gestützt auf einen solchen Vertrag Handlungen vorgenommen worden, so kann jede Vertragspartei verlangen, daß diese in ihren gegenseitigen Beziehungen so weit wie möglich die Lage wiederherstellt, die bestanden hätte, wenn die Handlungen nicht vorgenommen worden wären.“ Rein rechtlich stünde also einer Rückgliederung der tschechischen Neusiedler nichts entgegen! Wie könnte aber eine praktische Durchführung aussehen? Gesetzt den Fall, es gelänge, beim Internationalen Gerichtshof einen Spruch über die Nichtigkeit der Potsdamer Erklärung und ihrer Folgen zu erwirken und das volle Selbstbestimmungsrecht mit territorialem Anspruch würde be-

in 99 Jahren gewährt werden. Die nach dem Zeitpunkt der territorialen Übernahme und später neugeborene Generation soll zwar Schule und Ausbildung in tschechischer Sprache bis zum 18. bzw. 24. Lebensjahr erhalten, jedoch danach in den Sudetengebieten keinen Arbeitsplatz mehr erhalten, sondern sich diesen in den Restgebieten der ČR suchen müssen oder er ihr dort geschaffen werden muß. Sie hat Erbspruch auf fahrende Habe, nicht aber auf Grundbesitz. Das sind zumutbare Bedingungen, die eine Anwendung von unnötiger Gewalt weitgehend vermeiden.

Ein weiter und langer Weg mit vielen Hindernissen und Stolpersteinen, wie er bei Kenntnis der Dinge nicht anders zu erwarten ist. Deswegen müssen wir methodisch unbedingt auf drei Punkten beharren, wenn wir eines Tages weiterkommen wollen:

a) In den Landsmannschaften muß endlich entsprechend der Wandlung im Recht seit 1969/1987 der alte § 3b der Satzung geändert werden, wir können, dürfen, sollen und müssen an Stelle des „Heimatrechts“ das „volle Selbstbestimmungsrecht“ (mit „territorialem Anspruch“) fordern. Alles andere ist unreal und nicht weniger schwer zu erreichen!

b) Auf Bundesebene ist klar zu machen, daß der „2+4-Vertrag“ mit den Ostverträgen aufgrund der unzulässigen Änderung des GG einen schweren Verfassungsbruch darstellt und alles anzustrengen ist, um dagegen eines Tages eine Organklage starten zu können.

c) Die Vereinten Nationen und besonders die westliche Welt muß einsehen, daß im Sinne der Wahrhaftigkeit die hohen Grundsätze der Selbstbestimmung und Gleichberechtigung beim Aufbau einer friedvollen und gerechten Ordnung in Europa, besonders die kleinen slawischen Völker nicht zum Aufbau eines „Cordon sanitaire“ im „Sicherheitsinteresse“ der Sieger in ihren supernationalen chauvinistischen Bestrebungen bedingungslos unterstützt werden können – das führt zu Chaos und balkanesischen Zuständen – sondern unter Umständen mit legaler Gewalt gezwungen werden müssen, sich einer höheren gemeinsamen Ordnung einzufügen, welche „mitteleuropäische Funktion“ die Großmächte Deutschland und Österreich bis zum Ersten Weltkrieg doch immerhin mehr recht als schlecht ausübten. Man denke an das Wort des britischen Premierministers Disraeli auf der Balkankonferenz in Berlin 1904.

Erst wenn so die Bundesregierung die Möglichkeit hat, uns international beistehen zu können, ist der Weg offen, vor dem Internationalen Gerichtshof wegen Verletzung des Selbstbestimmungsrechts die Ostverträge auf ihre „Nichtigkeit von Anfang an“ einzuklagen. Ein langer, ein schwerer Weg mit vielen Stolpersteinen, aber der einzige – jedoch nicht unmögliche – um auf friedvollem Wege („peaceful change“) etwas zu erreichen.

Der endlich entschlossene Einsatz legaler militärischer Gewalt in diesem Sommer gegen die willkürliche barbarische Gewalt und die Verbrechen einer Clique von Machtbesessenen „Gerne-Groß“, die sich in ihrem blindem Egoismus aus Minderwertigkeitskomplexen erdreisteten, jahrelang die gesamte Welt (sowie ihren eigenen Gönnern) mit ihren frivolen Waffenstillstandsbrüchen sowie leeren Versprechungen zum Besten zu halten, ist ein Anzeichen von Hoffnung, daß man doch lernen kann. Am Ende des Jahres 1995 zeichnete sich aber in der Entwicklung der Dinge in Jugoslawien eine dritte ganz wichtige Tatsache ab, die für die Sudetendeutsche Frage von eminent wichtiger Bedeutung ist, das sind die Regelungen des Vertrages von Dayton.

Welches von den Völkern des ehemaligen Jugoslawien – ob Slowenen, Kroaten, Bosniaken, (Neu-)Mazedonen, von Serben zu schweigen – fordert hier „Heimatrecht“? Alle wollen sie selbstverständlich das „volle Selbstbestimmungsrecht mit territorialem Anspruch“, der ihnen auch – ohne Wenn und Aber – nach den Friedensregelungen zugesprochen wird, man beachte die „Exklaven und Korridore“ (z. B. für Gorazde). Und selbst im neuen Staat Bosnien sind die ethnischen Siedlungsgebiete streng gleichberechtigt voneinander getrennt.

Hat man denn von den Slowaken nichts gelernt? Selbst sie lehnen eine Konföderation

# Enttäuschung mit den slawischen „Brüdern“

Von Wolfgang Oberleitner

Im Sommer des Jahres 1946 läuft die Aussiedlung der Sudetendeutschen auf Hochtouren, die tschechischen Zeitungen von damals sind voll von detaillierten Meldungen über den Abschub, der ja möglichst rasch über die Bühne gehen soll, um vollendete Tatsachen zu schaffen. Ein Reporter der „Svobodné Noviny“ etwa berichtet am 15. Juli, daß in dem von ihm besuchten Sammellager größtenteils Frauen und Kinder zu finden sind, denn die Männer sind ja aus dem Krieg noch nicht zurückgekehrt. „Jetzt wird nicht mehr so viel Wert auf Aufschub des Transfers gelegt, denn die Deutschen fürchten, daß sie später in den Besatzungszonen Deutschlands keinen Arbeitsplatz finden könnten.“ Und weiter: „Auf den Gesichtern ist Spannung, was sie wohl jenseits der Grenzpfähle erwartet, aber manchmal auch ein Funken des Hasses. Wundern wir uns nicht – mögen sie eben mit Haß abfahren, es gibt keine andere Lösung.“

Immer ging es übrigens nicht ganz klaglos zu, wie der Zeitung „Práce“ zu entnehmen war, die damals von einem Zwischenfall in Jägerndorf berichtete. Zum Abtransport waren mit der Zugsgarnitur aus Bayern auch amerikanische Soldaten mitgekommen, angeblich polnischer Abstammung. Sie erschwerten die Einwaggonierung, indem sie die Deutschen aufforderten, kein Gepäck zu tragen, und sich obendrein mit den deutschen Mädchen fraternisierten. Im Grenzzort Furth i. Walde kam es sogar zu Tötlichkeiten zwischen den Amerikanern und den tschechischen Begleitmannschaften, ohne daß der US-Bahnhofsoffizier eingeschritten wäre.

Mitte August gab es dann eine regelrechte „Vertreibungs-Konkurrenz“. Der Bezirk Tetschen war der erste, welcher sich der 123.000 Deutschen entledigt hatte. Und zu gleicher Zeit kam die Nachricht, daß der letzte Deutschen-Transport Marienbad verlassen habe, wobei angemerkt wurde, daß die andere Bäderstadt, nämlich Karlsbad, mit nur 2000 Kurgästen eine schlechte Saison zu verzeichnen habe, denn im Jahr 1913 seien es noch 73.000 gewesen. Die sozialistische Zeitung „Čin“ wieder spottete über die Brüner Deutschen und hielt ihnen vor, sie hätten doch immer „heim ins Reich“ gewollt – ein Wunsch, der nun in Erfüllung gehe. Im Lager seien sie unterwürfig gewesen, jetzt vor dem Abschub jedoch zeigten sie sich selbstbewußt, ja frech. Ihre N-Armbinden hätten sie verbrannt, in den Waggons gebe es eine Menge Gepäck, bei den Frauen sogar Eleganz!

Doch nicht alle Deutschen wollte man ziehen lassen. Die kritische Lage in den Bergwerken veranlaßte schon Anfang Juli das Innenministerium zum Stopp der Aussiedlung von 17.000 Kumpeln, die mit der Versicherung im Lande gehalten wurden, sie würden mit dem Staatsvolk gesellschaftlich und vermögensrechtlich gleichgestellt werden. Es blieben ja nur noch vier Wochen bis zur Aufhebung der Internierung für alle Deutschen Zeit, um sie dann sofort abschieben zu können. Im Ostrauer Kohlenrevier etwa sank auf diese Weise die Zahl der Zwangsarbeiter von 4000 (Kriegsgefangene) auf 800. Ersatz stand nicht zur Verfügung, denn die heimgeholt tschechischen Kolonisten aus Wolhynien und Rumänien wurden für die Besiedlung der leeren Grenzgebiete benötigt. Auf die Inlandstscheken aber war kein Verlaß, wie eine Meldung zeigt, wonach im Bezirk Troppau 300 Verwalter ehemals deutscher Höfe diese wieder verlassen wollten, „meist solche, die glaubten, ehrlicher Arbeit ausweichen zu können“. Die Regierung machte ihnen aber einen Strich durch die Rechnung, denn sie wurden nun eben zwangsverpflichtet – aber als Landarbeiter.

Grotesk mutet die Tatsache an, daß in jener Zeit, da die Sudetendeutschen ihr ganzes Eigentum zurücklassen mußten und nicht wußten, wo sie landen würden,

in den tschechischen Zeitungen bereits Überlegungen angestellt wurden, wie man zu Reparationen für die Kriegsschäden in Höhe von 430 Milliarden Kronen kommen könne. Die Zeitung „Slovo Národa“ aber machte sich Sorgen, welche Folgen wohl Gratis-Warenlieferungen aus Rumpf-Deutschland haben könnten: „Das würde bedeuten, daß wir der deutschen Industrie die Möglichkeit zur Wiedererrichtung geben“ – und das wollte man auf keinen Fall. Die Deutschen müßten vielmehr mit ihren eigenen Händen den Schaden gutmachen. Deshalb wäre in Deutschland für alle 20- bis 24-jährigen die Arbeitspflicht einzuführen, und dann könnte die Tschechoslowakei von diesem Kontingent Zwangsarbeiter für einige Jahre beanspruchen.

Während der deutsche Bischof Weber sich weigerte, seine Leitmeritzer Diözese freiwillig zu verlassen und ins Ausland zu gehen, ein gleiches Verhalten auch all seinen Geistlichen nahelegte, begannen die neuen Herren bereits mit den Umbenen-

Zamberk einige der leeren deutschen Bauernhöfe in Flammen aufgehen. „Právo Lidu“ wieder berichtete am 27. Juli 1946 von einem Großbrand in der Porzellanfabrik Concordia bei Karlsbad, der einen Schaden von drei Millionen Kronen verursachte und „wahrscheinlich von Deutschen gelegt wurde“. Ihnen schob man im August auch einen Sprengstoffanschlag auf die Bahnlinie Brünn – Zittau in die Schuhe.

Große Probleme ergaben sich für die Prager Regierung in zwei von Slawen bewohnten Grenzgebieten. Im Hultschiner Ländchen (das 1919 vom Deutschen Reich an die Tschechoslowakei abgetreten werden mußte) lebten größtenteils einen slawischen Dialekt sprechende „Mährer“, die sich aber weiterhin als „Prajáci“ (Preußen) fühlten und bei den Wahlen für die deutschen Parteien stimmten. Was nun mit ihnen? Antonin Freilich schrieb damals zu diesem Thema in den „Svobodné Noviny“: „Man muß sagen, daß das Hultschiner Volk ein Janusgesicht zeigt. Unser Kampf um

nophilie“ verfallen seien. Dennoch, so forderte die Volkspartei in einer Interpellation sollten die Konfiskationen rückgängig gemacht und die Umsiedlungen ins Inland beendet werden. Doch die Kommunisten setzten sich schließlich durch. Die Kroaten wurden in andere grenzferne Gebiete abgeschoben.

Ärger gab es auch noch mit anderen slawischen „Brüdern“, den Polen. Schon im März hatte es nämlich in einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage geheißen, der Regierung sei die „staatsfeindliche Tätigkeit polnischer Ausländer im Teschener Gebiet bekannt, was eng mit dem Streben um die deutsche Beute, nämlich die Grafschaft Glatz, zusammenhing. Überhaupt keine Rücksicht nahm man auf die Ungarn mit denen man auch eine aus dem Jahr 1938 stammende Rechnung zu begleichen hatte. Am 17. August berichteten die tschechischen Zeitungen über einen Mordprozess gegen 750 ungarische „Verräter“ Kaschau und einen weiteren gegen vier



Während die Sudetendeutschen wie Vieh vertrieben wurden, dachten die Tschechen auch schon über Reparationsforderungen nach.

nungen. Der Altvater sollte in Übersetzung nicht mehr „Pradět“ sondern „Dobrata“ heißen, was freilich ein Wunschtraum blieb. In Brünn aber fielen die Jahrhunderte alten Gassenamen den „Befreierern“ zum Opfer. Das Glacis wurde zum Stalinpark, der Getreidemarkt zum Stalingradplatz, Wagner mußte Malinowski und Kaunitz Lenin weichen, selbst die Wienergasse durfte nicht bleiben und erhielt nun den Namen Marschall Konews. Und hunderte Dörfer (allein 19 im Bezirk Znam) erhielten neue Namen, denn die bisherigen tschechischen Übersetzungen hätten ja auch noch in späterer Zeit darauf hingedeutet, daß hier die Deutschen gelebt hatten.

Obwohl ja eigentlich alles bereits entschieden war, versuchten die neuen Herren, durch allerlei Hiobsbotschaften den Haß gegen die Sudetendeutschen wach zu halten. So hieß es etwa in einem Polizeibericht, täglich würden in der Gegend von

die slawische Seele ist nämlich durch die Tatsache gekennzeichnet, daß die Hultschiner während der Sudetenkrise 1938 nicht eingerückt und nach Deutschland geflohen sind. Und selbst jetzt begleiteten sie mit Tränen in den Augen den Transfer der Deutschen.“

Ähnliche Enttäuschungen gab es für die Tschechen mit den süd-mährischen Kroaten. Die kommunistische „Rovnost“ erinnerte daran, daß ein Großteil der NS-Mitglieder in den drei Dörfern Kroaten waren, während die katholischen Blätter meinten, die Kroaten seien 1938 staatsfremd gewesen und hätten daher die nun eingesetzten Kommissare nicht verdient, noch dazu, wo diese sich Gewalttätigkeiten zuschulde kommen ließen. Doch war natürlich nicht zu leugnen, daß die Kroaten eben in der Wehrmacht gedient und „unerwünschte“ familiäre Verbindungen über die Grenze nach Österreich hatten, also der „Germa-

Frauen, die bei Horthys Einmarsch d ungarischen Soldaten in ihren Trachte begrüßt hatten, wofür jetzt fünfzehn von ihnen schuldig gesprochen und zu Zwangslager verurteilt wurden.

Interessant in diesem Zusammenhang ist ein Brief, den Charlotte Kalman, die Prager Korrespondentin der schweizerischen Wochenzeitung „Die Nation“, an Präsident Beneš richtete. Sie schrieb: „Die lautesten Mitglieder der SNB-Polizei waren Diebe die mit leeren Koffern ins Sudetenland kamen, in die Wohnungen der Deutschen eindrangen und dort alles einpackten, was ihnen gefiel. Die Tatsache, daß man drei Millionen Sudetendeutschen allownahm, blieb auf die Moral der tschechischen Jugend von eben solcher Wirkung, wie die Nähe von Karawanen auf die Beduinen und die Möglichkeit der straflosen Plünderung der Juden durch das Lumpenproletariat Ungarns“.